

DIE EUROPÄISIERUNG NATIONALER GESELLSCHAFTEN

HERAUSGEGEBEN VON
MAURIZIO BACH

Sonderheft 40/2000
der Kölner Zeitschrift
für Soziologie und
Sozialpsychologie

Sonderdruck

WESTDEUTSCHER VERLAG

EUROPÄISIERUNG VON ÖKONOMIE UND POLITIK UND DIE TRÄGHEIT DER ENTSTEHUNG EINER EUROPÄISCHEN ÖFFENTLICHKEIT*

Jürgen Gerhards

Zusammenfassung: Der Aufsatz analysiert die Entwicklung von Ökonomie, Politik und Öffentlichkeit der Bundesrepublik für den Zeitraum 1950 bis 1995 unter dem Gesichtspunkt der Globalisierung bzw. Transnationalisierung dieser drei Bereiche. Die empirischen Analysen der Systeme Ökonomie und Politik zeigen, dass es einen moderaten Prozess der Transnationalisierung der Volkswirtschaft gibt, der sich aber nicht als Globalisierungs-, sondern in erster Linie als ein Europäisierungsprozess erweist, der zugleich durch einen parallel laufenden Prozess der Europäisierung der Politik begleitet wird. Anders verläuft hingegen die Entwicklung der massenmedialen Öffentlichkeit. Diese bleibt weitgehend nationalstaatlich verhaftet; über andere Staaten und über Europa wird in der medialen Öffentlichkeit der Bundesrepublik im Zeitverlauf nicht zunehmend mehr berichtet, europäische Institutionen spielen als mediale Sprecher kaum eine Rolle. Damit ergibt sich aber eine Inkongruenz zwischen einer Europäisierung der Ökonomie und der politischen Entscheidungen einerseits und einer medialen Darstellung und Vermittlung europäischer Politik andererseits; eine europäisierte Politik ist der Kontrolle durch eine weiterhin nationalstaatlich verankerte Öffentlichkeit davongelaufen. Die Ursachen für das empirisch diagnostizierte Öffentlichkeitsdefizit werden zum Schluss des Beitrags diskutiert.

In einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der 15 Mitgliedsländer der EU in Helsinki am 10. und 11. Dezember 1999 hat der Europäische Rat beschlossen, Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien, Slowakei und der Türkei aufzunehmen, nachdem 1998 bereits Beitrittsverhandlungen mit den Ländern Estland, Polen, Slowenien, Ungarn, Tschechien und Zypern aufgenommen worden waren. Damit ist eine Erweiterung der EU um insgesamt 13 Länder vorgesehen. Geht man von der Prämisse aus, dass die Schwierigkeiten einer Integration in einem proportionalen Verhältnis zu den Unterschieden zwischen EU-Ländern einerseits und Beitrittskandidaten andererseits stehen, dann kann man erwarten, dass die Osterweiterung der EU eine nicht gerade leichte Aufgabe werden wird. Nicht nur besteht zwischen manchen Beitrittskandidaten (z.B. Rumänien und Bulgarien) und den 15 EU-

* Im ersten Teil dieses Beitrags beziehe ich mich auf Daten und Analysen, die ich zusammen mit Jörg Rössel erhoben und ausgewertet habe (Gerhards und Rössel 1999). Die Daten über die Entwicklung der Medienberichterstattung in der Bundesrepublik sind mir von Hans Matthias Kepplinger zur Verfügung gestellt worden. Ich bedanke mich herzlich für diese keineswegs selbstverständliche Überlassung noch nicht publizierter und mit sehr großem Aufwand erhobener Informationen. Der Beitrag geht zurück auf einen Vortrag, den ich auf der von Barbara Baerns organisierten internationalen Konferenz „Communication in Europe: Practice and Research“ (28.–31. Oktober 1999, Berlin) gehalten habe. Jörg Rössel hat das Manuskript dankenswerterweise kommentiert.

Ländern ein großes ökonomisches Gefälle mit Folgen u.a. für mögliche Wanderungsbewegungen, nicht nur gibt es z.B. zwischen Griechenland und der Türkei einen schwelenden außenpolitisch-militärischen Konflikt, nicht nur sind die demokratischen Traditionen in den Ländern recht unterschiedlich bzw. nur schwach entwickelt, mit der Türkei wird zudem zum ersten Mal ein Land der EU beitreten, dessen Religionskultur anders, nämlich islamisch geprägt ist.

Der Europäische Rat hat in Helsinki aber nicht nur eine Erweiterung beschlossen, sondern auch die Vertiefung der Integration weiter vorangetrieben. Die Größe und Zusammensetzung der Kommission, die Stimmenverteilung im Rat und der Bereich der Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit sollen verändert bzw. ausgedehnt werden. Die als „institutionelle Reform“ bezeichnete Vertiefung soll die Handlungsfähigkeit der EU erhöhen, sie bedeutet aber zugleich eine weitere Kompetenzallokation auf der Ebene der EU auf Kosten der Souveränität der Einzelstaaten. Die Bürger der Mitgliedstaaten werden in Zukunft noch mehr unmittelbar den Beschlüssen der EU und weniger den jeweiligen Nationalstaaten unterworfen sein.

Angesichts der mit der Erweiterung und Vertiefung der EU verbundenen dramatischen Veränderungen und erwartbaren Konflikte muss man sich wundern, in welchem geringem Maße die Öffentlichkeit auf die Beschlüsse des Europäischen Rats reagiert hat. Zwar wurde in den Medien wie über jedes europäische Gipfeltreffen ausführlich berichtet, eine breite Debatte über Vor- und Nachteile einer Erweiterung und Vertiefung, über mögliche Konflikte, Entscheidungsblockaden, Wanderungsbewegungen etc. gab es nicht. Die Aufmerksamkeit der medialen Öffentlichkeit richtete sich schnell auf neue Themen, als das Gipfeltreffen vorbei war. Obwohl die Beschlüsse zur Erweiterung und Vertiefung weit reichende Folgen für die Bürger der Mitgliedsländer der EU haben werden, lässt sich die öffentliche Informationsvermittlung zur und die Diskussion über diese Folgen als defizitär bezeichnen. Um dieses am Beispiel der Beschlüsse von Helsinki skizzierte Öffentlichkeitsdefizit in der EU geht es in dem folgenden Beitrag.

Der theoretische Zugang zur Analyse des Öffentlichkeitsdefizits der EU, den ich wähle, ist eine makrosoziologische Perspektive des Wandels nationalstaatlich verfasster Gesellschaften, die in der Literatur unter dem Begriff der Globalisierung abgehandelt wird. Ich betrachte die Entwicklung der Öffentlichkeit im Zusammenspiel mit der Entwicklung anderer Teilbereiche der Gesellschaft, vor allem der Ökonomie und der Politik. Dieser breite und allgemeine Zugang mag auf den ersten Blick als ein Umweg erscheinen, ermöglicht aber vielleicht insgesamt ein besseres Verständnis des Öffentlichkeitsdefizits der EU.

Ich werde in einem ersten Schritt erläutern, was man sinnvollerweise unter Globalisierung bzw. Transnationalisierung verstehen kann. Ich werde in einem zweiten Schritt analysieren, in welchem Ausmaß sich die Ökonomie im Zeitverlauf (1950–1996) transnationalisiert hat und in welchem Maße sie der Politik davongelaufen ist. Die Ergebnisse werden zeigen, dass es in der Tat einen moderaten Prozess der Transnationalisierung der Volkswirtschaft gibt, dieser sich aber in erster Linie als ein Europäisierungsprozess erweist, der durch einen parallel laufenden Prozess der Europäisierung der Politik begleitet wird. Im dritten Kapitel werde ich der Frage nachgehen, in welchem Ausmaß sich die massenmediale Öffentlichkeit transnationalisiert bzw. europäisiert hat

und eine europäisierte Politik der Kontrolle durch eine weiterhin national verankerte Öffentlichkeit davongelaufen ist. Die Ergebnisse werden zeigen, dass die Entwicklung einer europäisierten Öffentlichkeit in der Tat dem Prozess der Europäisierung der Politik hinterherhinkt; über Europa wird in der medialen Öffentlichkeit der Bundesrepublik im Zeitverlauf nicht zunehmend mehr berichtet, europäische Institutionen spielen als mediale Sprecher kaum eine Rolle. Damit ergibt sich aber eine Inkongruenz zwischen einer Europäisierung der politischen Entscheidungen einerseits und einer medialen Darstellung und Vermittlung europäischer Politik andererseits. Im vierten Abschnitt gehe ich auf die Ursachen für das empirisch diagnostizierte Öffentlichkeitsdefizit ein, um schließlich im abschließenden fünften Abschnitt mögliche Veränderungen des Öffentlichkeitsdefizits in der Zukunft zu diskutieren.

I. Globalisierung und Transnationalisierung: Eine Begriffsklärung

Moderne Gesellschaften fertigen häufig Beschreibungen über sich selbst an, indem sie die Strukturmerkmale der jeweiligen Gesellschaft betonen und auf einen markanten Begriff bringen. Etikette wie Industriegesellschaft, Spätkapitalismus oder nachindustrielle Gesellschaft sind Versuche der Selbstbeschreibung der Gesellschaft aus den vergangenen Dekaden, postmoderne Gesellschaft, Informationsgesellschaft oder Wissensgesellschaft sind Begriffe der Selbstbeschreibung aus der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart. Fragt man nach der dominanten Selbstbeschreibung der Gesellschaft der Gegenwart, dann stößt man schnell auf den Begriff der Globalisierung (vgl. Beck 1997). Globalisierung bezeichnet die Vorstellung, wir lebten in einer globalisierten Welt bzw. seien auf dem Weg in die Richtung einer globalisierten Gesellschaft. Fast in jeder politischen Grundsatzdebatte findet man den Verweis auf Probleme und Herausforderungen, die durch Globalisierungsprozesse ausgelöst werden, kein Parteiprogramm und keine Wahlkampfreden kann das Thema mehr übergehen, die Sozialwissenschaften verzeichneten in den letzten Jahren, wie eine kleine Zitationsanalyse zeigt (vgl. Gerhards und Rössel 1999), einen regelrechten Globalisierungsboom.

Die Konjunktur des Themas Globalisierung ist – wie häufig bei Modethemen – verbunden mit einer Krisensemantik. Das Beunruhigungspotential, das Globalisierungsprozessen zugeschrieben wird, resultiert vor allem aus angenommenen Steuerungsproblemen für das politische System. Während die Politik – und damit die politische Steuerung – weiterhin nationalstaatlich verhaftet und begrenzt ist, hat sich die Ökonomie, aber auch andere Bereiche der Gesellschaft, aus den nationalstaatlichen Grenzen befreit und sich globalisiert, so die häufig formulierte Vermutung. Die vormals existierende *Kongruenz* (Held 1995) zwischen ökonomischen Grenzen des Wirtschaftens und den politischen Grenzen der Regulierung ist aufgehoben: Unternehmen investieren dort, wo die Konditionen für eine gute Rendite am besten sind, zahlen hingegen ihre Steuern dort, wo die Steuerquote am geringsten ist; die Finanzmärkte entziehen sich, so die Vermutung, immer mehr einer an nationalstaatliche Grenzen gebundenen Politik, sind aber zugleich in der Lage, mit ihren Krisen die Politik ins Schleudern zu bringen.

Ich beschränke meine Ausführungen auf eine Analyse der drei Bereiche Politik,

Ökonomie und politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und frage, wie das Verhältnis dieser drei Bereiche zueinander theoretisch zu bestimmen ist und in welchem Maße diese drei Bereiche sich globalisiert haben. Dazu ist es zuvörderst notwendig, den Begriff der Globalisierung genauer zu bestimmen. Drei Spezifikationen scheinen angebracht zu sein.

a) Der Begriff der Globalisierung wird im Folgenden ersetzt durch den der Transnationalisierung (de Swann 1995), andere Autoren sprechen von Denationalisierung der Gesellschaft (Zürn 1998; Beisheim et al. 1999). Dieser Begriffswechsel hat den Vorteil, dass man einen Ausgangspunkt für Prozessentwicklungen definiert – nämlich nationalstaatlich verfasste Gesellschaften – und zugleich den Bezugspunkt der Entwicklung offen hält und damit nicht begrifflich präjudiziert, ob sich Gesellschaften empirisch globalisieren, europäisieren oder amerikanisieren.

b) Ich gehe des Weiteren davon aus, dass sich nationalstaatlich verfasste Gesellschaften in ihrer Binnenstruktur am besten als in verschiedene Teilbereiche differenziert begreifen lassen: Ökonomie, Politik, Öffentlichkeit, Wissenschaft und Kunst u.a. bilden entsprechend unterschiedliche Teilsysteme einer nationalstaatlichen Gesellschaft. Für die Frage nach der Globalisierung der Gesellschaft hat der Rekurs auf das Konzept der Differenzierung in unterschiedliche Sphären den Vorteil, dass man verschiedene Grade und Niveaus der Transnationalisierung je nach Bereich unterscheiden und nach dem Verhältnis der Bereiche zueinander fragen kann.

c) Transnationalisierung wird in Anlehnung an frühe Arbeiten von Karl Deutsch (1956, 1959) als ein relationaler Begriff definiert, der die Interaktionen oder Transaktionen innerhalb eines Nationalstaats in das Verhältnis zu Interaktionen und Transaktionen mit außerhalb des Nationalstaats liegenden Einheiten setzt. Ein solche Begriffsfestlegung hat den Vorteil, dass sie der Tatsache Rechnung trägt, dass sich neben einer transnationalen Kommunikation im selben Zeitraum gleichzeitig die Binnenkommunikation erhöht haben kann, was in einer absoluten Messung von Transnationalisierungsprozessen nicht zum Ausdruck käme.

Transnationalisierung wird zusammenfassend als das Verhältnis zwischen Außeninteraktion und Binneninteraktion eines sozialen Teilbereichs einer Gesellschaft definiert. Die Prozesskategorie Transnationalisierung einer Gesellschaft würde also bedeuten, dass sich die Teilbereiche einer nationalstaatlich verfassten Gesellschaft im zunehmenden Maße transnationalisiert haben, die jeweiligen Anteile der grenzüberschreitenden Interaktionen zugenommen haben, wobei offen ist, welches der Zielort der grenzüberschreitenden Interaktionen ist.

II. Transnationalisierung der Ökonomie und der Politik als Europäisierungsprozess

Eine Kongruenz zwischen Ökonomie und Politik ist für das politische System aus einem zweifachen Grund bedeutsam.

a) Eine erfolgreiche Ökonomie sichert die Ressourcen in Form von Einkommen und Vermögen der Bürger. Hohes Einkommen und Vermögen der Bürger als Folge einer erfolgreichen Volkswirtschaft wird von den Bürgern häufig der Politik als Verursacher attribuiert. Dies wiederum führt zu einer Wertschätzung des politischen Systems im

Allgemeinen und der Regierung, die die Amtsgeschäft leitet, im Konkreten. Über diesen Weg wird u.a. die Legitimität des politischen Systems insgesamt wie auch die Legitimität der konkreten Herrschaftsträger gesichert. Insofern sind das politische System insgesamt wie auch die konkreten Herrschaftsträger von einer gut funktionierenden Ökonomie abhängig. Fritz Scharpf bezeichnet diesen Wirkungszusammenhang als die Output-Legitimität des politischen Systems (Scharpf 1975). Entsprechend wird die Politik versuchen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die wohlfördernd sind. Sie kann dies aber nur, wenn die Akteure einer Volkswirtschaft sich einer politischen Steuerung nicht entziehen bzw. entziehen können. Eine Kongruenz von Politik und Ökonomie ist dafür eine notwendige Bedingung.

b) Eine erfolgreiche Ökonomie schafft weiterhin die Bedingungen der Möglichkeit der Abschöpfung von Ressourcen via Steuererhebung durch den Staat. Die Verfügung über Steuern ist die *conditio sine qua non* der Handlungsfähigkeit des Staates, da eine politische Steuerung der Gesellschaft im hohen Maße ressourcenabhängig ist, und diese zuerst durch die Ökonomie produziert werden müssen, damit sie im zweiten Schritt durch die Politik abgeschöpft und zur politischen Gestaltung verwendet werden können. Dies verlangt aber die Möglichkeit, dass die Politik auch einen Zugriff auf die Ökonomie hat und Steuern erheben kann. Bei einer Nicht-Kongruenz zwischen Volkswirtschaft und Politik besteht die Möglichkeit der Abwanderung bzw. der Drohung mit einer Abwanderung – und dies für unterschiedliche Gruppierungen der Gesellschaft im unterschiedlichen Maße.

Die mit der Globalisierungsthese verbundene Krisendiagnostik unterstellt nun, 1. dass sich die Ökonomie im Zeitverlauf transnationalisiert hat und 2. dass die Politik dieser Entwicklung nicht gefolgt ist. Beiden Thesen soll im Folgenden empirisch nachgegangen werden.

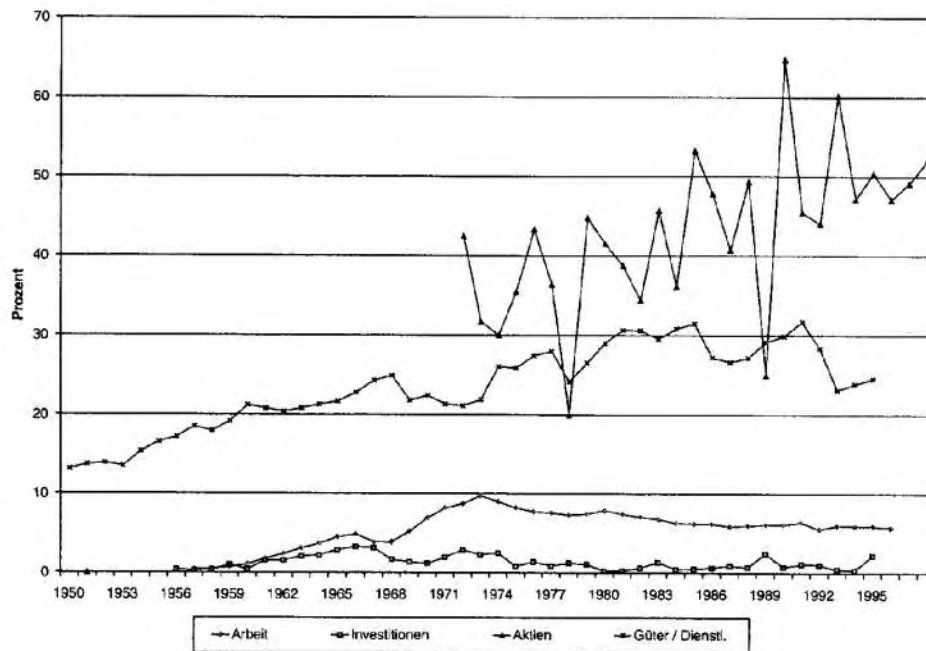
1. Transnationalisierung der Wirtschaft

Zusammen mit Jörg Rössel habe ich entlang der erläuterten Definition des Transnationalisierungsbegriffs versucht, für einige Teilbereiche der Gesellschaft – Kunst, Wissenschaft, Ökonomie und Politik – den Grad und die Entwicklung von Transnationalisierungsprozessen in den letzten 40 Jahren zu bestimmen. Ich konzentriere mich im Folgenden auf den Bereich der Ökonomie und auf die Transaktionen, die die Grenze der nationalstaatlich verfassten Gesellschaft der Bundesrepublik von außen nach innen überschreiten. Ähnlich wie andere Teilsysteme auch ist die Ökonomie im Innenverhältnis segmentär differenziert. Deswegen scheint es sinnvoll zu sein, von einer Binnendifferenzierung des ökonomischen Systems zu sprechen und zwischen Arbeitsmarkt, Gütermarkt, Investitionsmarkt und Aktienmarkt zu unterscheiden.

Die Entwicklung der verschiedenen Teilbereiche der Ökonomie und deren Transnationalisierungsniveau findet sich in der *Abbildung 1* abgebildet.¹ Das Niveau der

¹ Die Angaben sind den Statistischen Jahrbüchern, der Kapitalmarktstatistik der Deutschen Bundesbank und den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank entnommen.

Abbildung 1: Transnationalisierung der Wirtschaft



Transnationalisierung kann von 0 bis zu 100 Prozent variieren: Bei 0 Prozent bleibt der jeweilige Bereich vollkommen nationalstaatlich geschlossen, es finden also keine Außeninteraktionen statt, bei 100 Prozent liegt eine vollständige Transnationalisierung vor.

Das niedrigste Transnationalisierungsniveau weist der *Markt für Investitionen* auf. Die Internationalisierung der Produktion haben wir durch den prozentualen Anteil der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland an den gesamten Investitionen berechnet. Zum letzten Erhebungszeitpunkt 1996 lag der Prozentsatz bei 2,21 Prozent. Umgekehrt formuliert: 98 Prozent der direkten Investitionen sind inländische Investitionen. Für den *Arbeitsmarkt* haben wir den prozentualen Anteil von ausländischen Arbeitnehmern an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Deutschland für die Jahre 1955 bis 1996 berechnet. Der Anteil an ausländischen Arbeitnehmern betrug zum letzten Erhebungszeitpunkt 1996 5,72 Prozent. Auch der Arbeitsmarkt ist also ganz dominant nationalstaatlich bestimmt. Höher ist das Niveau der Transnationalisierung im Bereich Güter und Dienstleistungen. Für den *Markt für Güter und Dienstleistungen* haben wir den Anteil der Summe der Importe von Gütern und Dienstleistungen am Bruttonationalprodukt berechnet. 1995 betrug dieser Anteil 24,6 Prozent. Um schließlich Transnationalisierungsprozesse auf dem *Finanzmarkt* zu messen, wurde das Verhältnis des Absatzes ausländischer Aktien in der Bundesrepublik zum Gesamtabsatz von Aktien in der Bundesrepublik berechnet. Der Anteil von ausländischen Aktien am gesamten Aktienabsatz in der Bundesrepublik betrug 1996 51,9 Prozent.

Die *Abbildung 1* ermöglicht zwei Auswertungen. Zum einen kann man die verschiedenen Märkte miteinander vergleichen: Dieser Vergleich zeigt, dass die verschiede-

nen Teilbereiche des ökonomischen Systems einen recht unterschiedlichen Grad der Transnationalisierung aufweisen. Der personengebundene Arbeitsmarkt und die Direktinvestitionen (Verlagerung von Firmen) stehen am unteren Ende der Skala, Märkte für Güter liegen in der Mitte, die Finanzmärkte liegen am oberen Ende der Skala; außer von den Aktienmärkten kann man wohl nicht von einer Transnationalisierung der Volkswirtschaft sprechen, da die Mehrzahl der Interaktionen nationalstaatlich begrenzt bleibt.² Zum anderen ermöglicht die *Abbildung 1* für jeden der ökonomischen Bereiche, die Entwicklung über die Zeit zu verfolgen. Vergleicht man nur die Anfangs- und Endpunkte der Entwicklung, dann sieht man, dass sich die Ökonomie – mit Ausnahme der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland – in der Tat zunehmend transnationalisiert hat. Der Prozess selbst erfolgt in der Regel – mit Ausnahme des Finanzmarktes, der immer eine hohe Volatilität aufweist – recht langsam und stetig, die Steigerungsraten sind in allen drei Bereichen relativ gering. Gemessen an den Turbulenzen in der öffentlichen Debatte über Transnationalisierungsprozesse verläuft die faktische Entwicklung eher kontinuierlich, wenn auch in Richtung einer zunehmenden Transnationalisierung.

Die Tatsache, dass grenzüberschreitende Interaktionen und Transaktionen stattfinden, sagt aber noch nichts darüber aus, woher diese Transaktionen kommen, welches der Ursprung der Transaktionen ist. Wir haben für alle von uns analysierten Bereiche bestimmt, welches der Bezugspunkt des jeweiligen Transnationalisierungsprozesses ist: Wo kommen die Güter her, die importiert werden, wo die Arbeitskräfte und wo die Investitionen und Aktien etc.? Wir haben also versucht, die Richtung des Transnationalisierungsprozesses der Ökonomie genauer zu bestimmen. Dazu haben wir untersucht, in welchem Ausmaß die verschiedenen transnationalen Kommunikationen und Transaktionen im Bereich der Wirtschaft sich erstens auf die Länder der EU und zweitens auf Europa insgesamt konzentrieren. *Tabelle 1* zeigt die Ergebnisse.

Tabelle 1: Grad der Europäisierung der verschiedenen Bereiche der Wirtschaft in Prozent

	Arbeit (1995)	Handel (1996)	Investitionen aus dem Ausland (1996)	Investitionen in das Ausland (1996)
EU	32,15	64,0	49,05	62,42
Europa	87,8	71,6	62,58	66,1
Nicht-Europa	12,2	28,4	37,42	33,9

Ca. ein Drittel der in Deutschland erwerbstätigen ausländischen Staatsbürger kommen aus EU-Ländern, aus Europa insgesamt, inklusive der Türkei, die ja ein Beitrittskandidat der EU ist, stammen 87,8 Prozent. Nahezu zwei Drittel der Importe von Gütern

² Es fehlt hier der Raum, um auf die Ursachen für den unterschiedlichen Grad der Transnationalisierung der verschiedenen Märkte einzugehen. Ein Hinweis muss genügen: Die Transaktionskosten für eine transnationale Kommunikation von Personen und Dienstleistungen bzw. die Verlegung von Unternehmen sind höher als die von Gütern und diese sind höher als die von Aktien und dies erklärt mit die unterschiedlichen Niveaus der Transnationalisierung der verschiedenen Märkte.

und Dienstleistungen kommen aus EU-Ländern, aus Europa insgesamt kommen sogar 71,6 Prozent. Betrachtet man die ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland, so kommen immerhin fast die Hälfte aus EU-Ländern und fast zwei Drittel aus Europa. Von den deutschen Direktinvestitionen ins Ausland entfallen fast zwei Drittel auf die EU bzw. etwas mehr als zwei Drittel auf Gesamteuropa.³ Leider können wir für die Aktienmärkte keine Daten über die nationale Herkunft der in Deutschland verkauften ausländischen Aktien vorlegen. Ein Hinweis auf eine mögliche Europäisierung des Aktienmarktes ist allerdings die Tatsache, dass die Entwicklung der Aktienkurse zunehmend mit Hilfe europäischer Indizes gemessen wird. Insgesamt zeigt sich also ein Bild der wirtschaftlichen Transnationalisierung, welches sich in weiten Bereichen als Europäisierung mit starker Konzentration auf die EU beschreiben lässt (vgl. Hirst und Thompson 1998).

Ich ziehe eine erste Zwischenbilanz. 1. Der Zeitvergleich zeigt uns, dass die Ökonomie auf den Märkten für Güter- und Dienstleistungen, Aktien und zum Teil auch auf dem Arbeitsmarkt Trends in Richtung einer Zunahme der Transnationalisierung aufweist; allerdings läuft dieser Prozess im Unterschied zu der politischen und wissenschaftlichen Debatte über Globalisierungsprozesse recht langsam und kontinuierlich und nicht schnell und sprunghaft. 2. Transnationalisierungsprozesse im Bereich der Ökonomie sind keine Globalisierungsprozesse, sondern in erster Linie Europäisierungsprozesse.

2. Transnationalisierungsprozesse der Politik

Die Krisendiagnose, die mit der Globalisierungsthese verbunden ist, geht davon aus, dass Transnationalisierungsprozesse die Steuerungsfähigkeit der Politik der Gesellschaft insofern unterlaufen, als die politische Regelung an den nationalstaatlichen Grenzen Halt machen muss, die Interaktionen der anderen Teilsysteme hingegen zunehmend grenzüberschreitend verlaufen (Held 1995; Zürn 1998; Habermas 1998b). Eine mögliche Antwort auf die durch die Transnationalisierung der Ökonomie entstehenden politischen Steuerungsprobleme besteht nun darin, dass sich das politische System selbst transnationalisiert und die Kompetenz für kollektiv verbindliche Entscheidungen auf eine höhere Ebene transnationaler Institutionen verlagert wird. Die Chancen für eine politische Steuerung transnationaler Interaktionen steigen entsprechend dann, wenn auch die Politik sich transnationalisiert und zwar in Richtung einer Europäisierung, weil dies ja gerade der Zielhorizont der Transnationalisierung der Ökonomie ist.⁴ Eine

³ Der größte Anteil an nichteuropäischen Investitionen nach Deutschland und von deutschen Investitionen in das nichteuropäische Ausland kommt aus den bzw. geht in die USA. Direktinvestitionen in so genannte Billiglohnländer machen nur einen geringen Anteil an den gesamten deutschen Direktinvestitionen aus.

⁴ Dass sich eine Transnationalisierung der Politik nicht nur als Europäisierung ereignet hat, sondern sich darüber hinaus in einer Vielzahl von internationalen Abkommen und Regelungen manifestiert, zeigt Michael Zürn (1998a) für die Bereiche äußere Sicherheit, wirtschaftliche Regulierung und Umweltpolitik.

Europäisierung der Politik könnte die Kongruenz ökonomischer und politischer Räume wieder herstellen.

Dies scheint nun mit der zunehmenden Integration der Europäischen Union aber gerade der Fall zu sein. Die Staaten der EU haben einen Teil der nationalen Souveränitätskompetenzen auf die EU übertragen, die Nationalstaaten und die Bürger sind den Beschlüssen unmittelbar unterworfen, Europarecht bricht nationales Recht; die Kommission überwacht die Implementierung der Beschlüsse und der europäische Gerichtshof kann die Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgung sanktionieren (Lepsius 1990). So hat der Europäische Gerichtshof z.B. am 11. Januar 2000 entschieden, dass das deutsche Waffendienstverbot für Frauen, wie es im Grundgesetz in Artikel 12a festgeschrieben ist, gegen Europarecht verstößt.⁵ Die Bundesrepublik ist damit verpflichtet, den Artikel 12a nicht mehr anzuwenden, sie muss sich der europäischen Entscheidung beugen – ein Beispiel für die mit der europäischen Integration verbundene Aufgabe nationalstaatlicher Souveränitätsrechte.

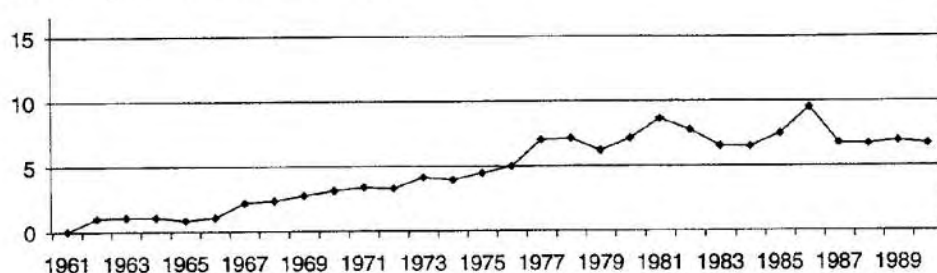
Das Ausmaß der Delegation von Souveränitätsrechten von den Mitgliedstaaten auf die EU kann man wiederum versuchen, empirisch zu bestimmen. Will man auch hier beim Prinzip einer relationalen Messung bleiben, muss man die europäische Entscheidungskompetenz in Relation zur nationalen Entscheidungskompetenz setzen. Marianne Beisheim et al. (1999) haben in einem groß angelegten Projekt verschiedene Indikatoren der Transnationalisierung unterschiedlicher Bereiche der Gesellschaft erhoben. Für den Bereich der Politik haben sie u.a. das Verhältnis von nationalen Entscheidungen zu europäischen Entscheidungen berechnet. In *Abbildung 2* ist das Verhältnis zwischen Gesetzen und Beschlüssen der EU (Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen des Rats der Europäischen Union) zu den vom Bundestag verabschiedeten Gesetzen im Zeitverlauf abgebildet. Die Zeitreihe der erhobenen Daten reicht leider nur bis 1989.

Die *Abbildung 2* zeigt, dass das Verhältnis von nationalstaatlichen Entscheidungen und EU-Entscheidungen im Zeitverlauf sich zunehmend zu Gunsten der EU verschoben hat, ein Indikator für die Verlagerung von politischen Souveränitätsrechten vom Nationalstaat auf die EU.⁶ Neben einer Erhöhung des Anteils der europäischen Entscheidungen im Verhältnis zu den nationalstaatlichen Entscheidungen manifestiert sich der Ausbau der EU in der Schaffung eines neuen politischen Institutionensystems. Wolfgang Wessels (1997: 267) hat verschiedene Indikatoren zur Messung des Kompetenzzuwachses der EU berechnet.

Wie *Tabelle 2* zeigt, ist nicht nur der Anteil der europäischen Entscheidungen im Verhältnis zu den nationalen Entscheidungen gestiegen, parallel hat auch ein gewaltiger Ausbau der europäischen politischen Institutionen stattgefunden, der sich in der Men-

⁵ Anlass der Gerichtsentscheidung war eine Klage der Klägerin Tanja Kreil, die bei der Bundeswehr Dienst an der Waffe machen wollte. Dieses Ansinnen wurde vom Verteidigungsministerium und von deutschen Gerichten abgewiesen mit dem Verweis auf den Artikel 12a des Grundgesetzes, in dem unter Absatz 4 geschrieben steht: „Sie (die Frauen, J.G.) dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten“.

⁶ Dass es sich bei den europäischen Entscheidungen in erster Linie um Beschlüsse handelt, die Fritz Scharpf (1996) als Regelungen zur negativen Integration bezeichnet hat, darauf kann hier nur hingewiesen werden. Eine plausible Typologie von unterschiedlichen politischen Regelungen entwickelt Michael Zürn (1998a).

Abbildung 2: Transnationalisierung der Politik¹

¹ Zahl der Rechtsakte in der EG im Verhältnis zur Zahl der verabschiedeten Gesetze in der Bundesrepublik

Tabelle 2: Entwicklung der EU von 1990 bis 1995

	1960	1975	1990	1994
Anzahl der Räte	7 (1967)	12	22	21
Anzahl der Ausschüsse des Rats	10 (1962)	91	224	263
Anzahl der Sitzungen des Rats	44	67.5	138	98
Anzahl höherer Beamte der Kommission	521 (1961)	2087	3642	4682
Interessengruppen in Brüssel	174		500	1998 (1995)

Quelle: Wolfgang Wessels (1997); dort finden sich auch Verweise auf die Primärquellen.

ge der Fachministerien (Räte), der Fachbeamten und der Interessengruppen manifestiert.

Ist die Politik durch vermeintliche Globalisierungsprozesse der Ökonomie also überfordert? Die empirischen Befunde zeigen, dass sich die Politik in dieselbe Richtung transnationalisiert hat wie die Ökonomie, ja sie hat zu einer Europäisierung der Ökonomie selbst entscheidend beigetragen. Für beide Bereiche bedeutet Transnationalisierung in erster Linie Europäisierung. Durch diese Kongruenz von Politik und Ökonomie mögen Steuerungsprobleme gelöst werden können, zumindest sind die Bedingungen der Möglichkeit für eine solche Lösung geschaffen.

III. Die Trägheit der Entwicklung einer europäischen bzw. europäisierten nationalen Öffentlichkeit

Eine demokratische Verfasstheit des politischen Systems bedeutet, dass die Herstellung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen an die Interessen und Willensbildungsprozesse der Staatsbürger gekoppelt ist. Eine solche Kopplung erfolgt bekanntlich vor al-

lem und in erster Linie durch die Wahl. Die Staatsbürger wählen in periodischen Abständen diejenigen, die dann Herrschaftspositionen einnehmen können und befugt sind, für die in einem Territorium lebenden Staatsbürger allgemein verbindliche Entscheidungen zu verabschieden und durchzusetzen, die aber zugleich bei der nächsten Wahl von den Herrschaftspositionen wieder entlassen werden können, wenn die Bürger sich nicht hinreichend repräsentiert fühlen.

Damit die Bürger überhaupt eine Wahlentscheidung treffen und beim nächsten Mal revidieren können, müssen sie die Möglichkeit haben, sich über die Repräsentanten und deren Konkurrenten und deren Handlungen und Programme hinreichend zu informieren. Die Möglichkeit, sich hinreichend zu informieren, wird von Robert Dahl (1989: 111f.) entsprechend als eines der Kriterien eines demokratischen Prozesses genannt und als „enlightened understanding“ bezeichnet: „Each citizen ought to have adequate and equal opportunities for discovering and validating (within the time permitted by the need for a decision) the choice on the matter to be decided that would best serve the citizen's interests“ (Dahl 1989: 112). Genau diese Funktion der Informationsvermittlung, der Meinungsbildung und der Kontrolle kommt einer politischen Öffentlichkeit zu.⁷ Wir wissen nun aus einer Vielzahl an Studien, dass vor allem die Massenmedien die zentralen Institutionen der Informationsvermittlung zwischen Bürger und Politik darstellen und dass die Bürger von dieser Möglichkeit auch hinreichend Gebrauch machen: Über 80 Prozent der Bürger der Bundesrepublik informieren sich tagtäglich über Politik über eines der Medien Fernsehen, Rundfunk und Zeitung, viele nutzen sogar mehrere Medien täglich, um sich über Politik zu informieren (vgl. Berg und Kiefer 1996: 183). Die Massenmedien bilden insofern die wichtigsten Informationsquellen der Bürger über Politik.

Damit existiert auf nationalstaatlicher Ebene eine Kongruenz zwischen Staatsbürgern, Herrschaftsträgern und Öffentlichkeit. Eine Kongruenz von Herrschaftsträgern und Bürgern liegt insofern vor, als diejenigen, die die Herrschaftsträger wählen dürfen, auch diejenigen sind, die den Beschlüssen der Herrschaftsträger unterworfen sind. Eine Kongruenz zwischen Öffentlichkeit und Politik liegt insofern vor, als die Medien über die Herrschaftsträger und deren Konkurrenten informieren und insofern die Bürger sich auf der Basis dieser Informationen ihr Urteil bilden können. An anderer Stelle habe ich diesen Politik- und Öffentlichkeitskreislauf als Responsivität erster und zweiter Ordnung bezeichnet (vgl. Gerhards 1999).

Mit der Transnationalisierung der Politik im Sinne einer Verlagerung von Herrschaft von den Nationalstaaten auf die EU kann dieses Kongruenzverhältnis ins Wanken geraten sein, was sich in einem Demokratiedefizit einerseits und in einem Öffentlichkeitsdefizit andererseits manifestieren kann. Das Demokratiedefizit der EU besteht darin, dass der Adressat von Herrschaftsbeschlüssen der EU nicht identisch ist mit dem „demos“, der die Herrschaftspositionen ausgewählt hat: Der Europäische Rat als Versammlung der Regierungschefs der Länder und der Rat der Europäischen Union beste-

7 Die Funktionsbestimmung von Öffentlichkeit wird hier bewusst „minimalistisch“ gehalten, weil sie in dieser Form Konsens in fast allen Modellen von Öffentlichkeit ist. Anspruchsvollere Konzepte von Öffentlichkeit sehen Öffentlichkeit als einen Kommunikationszusammenhang, in und über den sich die Identität einer demokratischen Staatsbürgerschaft erst konstituiert (vgl. Habermas 1996: 189f.).

hend aus den Fachministern der Länder sind nicht unmittelbar von einem europäischen Volk gewählt, sondern sind indirekt legitimiert über die nationalen Wahlen – Arthur Benz (1998: 350) spricht von einer *gouvernementalen* Repräsentation –, während aber die Bürger der EU unmittelbar den Beschlüssen des Rats und der Kommission unterworfen sind. Dieses Verhältnis der Nicht-Kongruenz wird in der Literatur bekanntlich als Demokratiedefizit der EU diskutiert (vgl. für viele andere und systematisch zusammenfassend Benz 1998).

Ein davon zu unterscheidendes Öffentlichkeitsdefizit besteht dann, wenn politische Entscheidungen immer häufiger nicht von den Nationalstaaten, sondern von der EU gefällt werden, die Berichterstattung der Öffentlichkeit aber nationalstaatlich verhaftet bleibt und nicht oder nur im geringen Maße von den europäischen Entscheidungen und Diskussionen berichtet; die Folge wäre, dass die Bürger nicht oder nicht ausreichend von den Entscheidungen und Diskussionen informiert werden, die sie aber unmittelbar betreffen. Ein „enlightened understanding“ im Sinne Dahls wäre damit nur mangelhaft möglich. Ich konzentriere mich im Folgenden allein auf eine Analyse eines möglichen Öffentlichkeitsdefizits.

Dass sich politische Entscheidungen von der Ebene der Nationalstaaten auf die europäische Ebene verlagert haben, habe ich im letzten Abschnitt zu zeigen versucht. Ob sich die Öffentlichkeit in ihrer Berichterstattung ebenfalls europäisiert hat, ist eine empirisch offene Frage. Man kann sich zwei verschiedene Modelle einer europäischen Öffentlichkeit vorstellen: 1. das Modell einer länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit und 2. die Vorstellung einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit (vgl. Gerhards 1993; für eine weitere Differenzierung vgl. van de Steeg 1999).⁸

1. Das Modell einer länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit

Unter einer länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit kann man sich ein einheitliches Mediensystem vorstellen, dessen Informationen und Inhalte in den verschiedenen Ländern der EU rezipiert werden. Ebenso wie in den einzelnen Nationalstaaten die Mediensysteme über die Regionen und Länder hinweg die Territorialstaaten integrieren, ähnlich würde ein europäisches Mediensystem über die Nationalstaaten hinweg die Mitgliedstaaten Europas integrieren (Gerhards 1993: 100).

Eine Prognose darüber, ob sich eine europäische Öffentlichkeit entwickeln wird, ist ein schwieriges Unterfangen (vgl. Kleinstüber 1995). Ein Vergleich mit der Entstehung einer nationalen Öffentlichkeit, wie sie sich in Deutschland im 19. Jahrhundert entwickelt hat, könnte helfen, zumindest die Parameter ausfindig zu machen, die für die Entstehung und Ausdehnung von öffentlichen Räumen generell ursächlich verantwortlich sind. Die Entstehung einer nationalen, massenmedial vermittelten Öffentlich-

⁸ Marianne van de Steeg (1999) unterscheidet eine nationale von einer europäischen Öffentlichkeit. Der Typus einer nationalen Öffentlichkeit ist weiter differenziert in drei Modelle, die von einer isolierten bis zu einer die nationalstaatlichen Grenzen überschreitenden Öffentlichkeit reichen. Den Typus einer europäischen Öffentlichkeit differenziert sie weiter in zwei Modelle: ein einheitliches europäisches Mediensystem einerseits und eine transnationale europäische Öffentlichkeit andererseits.

keit hing von einer Vielzahl von ineinander verschachtelten Ursachenfaktoren ab (vgl. historisch Wehler 1987a: 303–331; 1987b: 520–546; aus systemtheoretischer Perspektive Blöbbaum 1994; Gerhards 1994: 85ff.). Fünf Faktoren scheinen von besonderer Relevanz gewesen zu sein.

a) Zum einen mussten die *politischen Rahmenbedingungen* so beschaffen sein, dass die Verbreitung von Informationen und Meinungen nicht durch politische Regulierungen eingeschränkt oder verboten wurde. Gerade für die deutsche Entwicklung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die Gängelung einer sich entwickelten Öffentlichkeit durch die politische Zensur ein konstitutives Moment gewesen. „Öffentliche Kritik wurde unterdrückt. Gegen den Verbotsanspruch anonymer Zensoren gab es keine glaubwürdige Appellationsinstanz. Politische Pressekommentare wurden kastriert, leistungswerte Romane dem Leser vorenthalten. Die Strafen ruinierten manche private Existenz, trieben Intellektuelle in die Emigration, schüchterten Verleger ein“ (Wehler 1987b: 542).

Im Hinblick auf die Entstehungsbedingungen einer europäischen Öffentlichkeit dürften die für die Gegenwart geltenden politischen Restriktionen keine erklärungskräftige Rolle spielen. Die Meinungs- und Pressefreiheit ist in allen Ländern der europäischen Union fest institutionalisiert (Sievert 1998: 72ff.), eine Zensur findet nicht statt. Die Kommission hat mit ihrer zwar umstrittenen, aber letztlich durchgesetzten Medienpolitik, Medienprodukte als Dienstleistungen zu begreifen und damit unter das Gebot der Warenverkehrsfreiheit zu stellen, die Bedingungen eines europäischen Marktes geschaffen, der aus der Klammer einer politisch-ökonomischen Regelung zunehmend entlassen ist (Tonnenmacher 1995; Sievert 1998: 78ff.). Die politischen Hemmnisse einer europäischen Öffentlichkeit sind also als recht gering einzustufen.

b) Die Entstehung und Entwicklung einer nationalen Öffentlichkeit war zum Zweiten von der *technischen Entwicklung zur Herstellung von Druckerzeugnissen und der Infrastruktur zu deren Verbreitung* abhängig. Die Entstehung der Presse war gebunden an die Entwicklung der Druckerpresse, die Entwicklung der modernen Presse an die Erfindung der Schnellpresse und den Rotationsdruck. „Die mit Druckzylinder und Dampfmaschine ausgestattete Schnellpresse, die in einer Stunde 1.200, ja schließlich bis zu 1.800 Bogen auf beiden Seiten, d.h. fabulöse 57.600 Buchseiten druckte, setzte sich trotz der Investitionskosten seit den 20er Jahren rasch durch. Gab es 1820 in Preußen erst 516, waren es 1830 = 709, 1840 = 1.109 und 1848 schon 1.275 Druckmaschinen, ein gut 150 %iger Anstieg in knapp dreißig Jahren“ (Wehler 1987b: 523). Zugleich hatte sich die Infrastruktur zur Verbreitung von Informationen verbessert. Die Entwicklung des Boten- und Postdienstes war insofern eine Voraussetzung der Entwicklung der Presse, als sie die Verbreitung der Erzeugnisse ermöglichte. Die Entwicklung der Eisenbahn und dann später des Telegraphen stellt insofern eine weitere Verbesserung dar, als die Erschließung des Raumes beschleunigt, zugleich die Kosten der Verbreitung gesenkt werden konnten.

Prüft man, in welchem Maße die technischen Bedingungen der Produktion und der Vermittlung heute ein Hindernis für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit darstellen, wird man auch hier konstatieren müssen, dass die Bedingungen relativ günstig sind. Vor allem die Infrastruktur der Übermittlung von Informationen

hat sich durch die weltweit vernetzte Satellitentechnik und die Computertechnologie revolutioniert: Die Übermittlung von Texten und Bildern ist insofern perfektioniert, als dass alle Raumgrenzen in Sekunden zu überwinden und die Kosten der Übermittlung zugleich niedrig geworden sind.

c) Die Entstehung einer nationalen Öffentlichkeit hing weiterhin von der Schaffung eines lesenden und diskutierfähigen *Publikums* ab. Die durch die Entwicklung des Schulwesens und der Universitäten ab dem Ende des 18. Jahrhunderts voranschreitende Alphabetisierung der Bevölkerung bildet eine notwendige Bedingung der Teilhabe an einer sich entwickelten Öffentlichkeit. Die Alphabetisierung sank zwischen 1800 und 1848 kontinuierlich bis auf ca. 20 Prozent ab. Erst dadurch wurde die Bedingung der Möglichkeit geschaffen, Druckerzeugnis zu lesen und zu rezipieren und damit an einer sich entwickelnden Öffentlichkeit zu partizipieren (Hardtwig 1985: 106ff.). Hinzu kam eine aus den Ideen der Aufklärung gespeiste hohe Motivation, die Bedingungen der Möglichkeit auch zu realisieren; das Lese- und Informationsbedürfnis stieg. „Von der wiederholten intensiven Lektüre erfolgte der Übergang zur extensiven neuen Lektüre, getragen von einem prinzipiell unendlichen großen Lesebedürfnis. Im frühen Vormärz las mehr als ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung, mehr als die Hälfte des männlichen Anteils, regelmäßig politische Zeitungen, Lokalblätter, Zeitschriften“ (Wehler 1987b: 522).

Die Fähigkeit des Publikums, an einer europäischen Öffentlichkeit in seiner jeweiligen Muttersprache zu partizipieren, ist heute in allen Ländern der EU fast vollständig gegeben. Allerdings fehlt es an einer durchgehenden Alphabetisierung in einer einheitlichen *lingua franca*. Die besten Voraussetzungen dafür bietet sicherlich die englische Sprache; die Fähigkeit, Englisch zu sprechen, variiert zwischen den verschiedenen Ländern der EU und je nach Schicht und Bildung erheblich, bleibt insgesamt betrachtet aber doch relativ gering (vgl. die Daten in Gerhards 1993: 100); ähnlich wie der Alphabetisierungsprozess entlang der Schichtpyramide von oben nach unten verlaufen ist, ähnlich kann man vermuten, dass sich der Anteil der Personen, die Englisch lesen und schreiben können, auch entlang der Schichtpyramide von oben nach unten erweitern wird; man kann davon ausgehen, dass sich der Anteil derer, die in Englisch kommunizieren können werden, in den nächsten 20 Jahren erhöhen wird. Veränderungen im Schulsystem [frühere Einführung der ersten und zweiten Fremdsprache; Ausbau der zweisprachigen Schulen (Euro-Schulen)], die Vergrößerung des internationalen Schüler- und Studentenaustauschs werden dazu beitragen. Trotzdem wird die Mehrheit der Bevölkerung in den verschiedenen Staaten nicht in der Lage sein, flüssig in der *lingua franca* Englisch zu kommunizieren. Insofern wird es für die Mehrheit der Bevölkerung keine sprachlich einheitliche europäische Öffentlichkeit geben. Dies gilt sicherlich nicht für eine im Zeitverlauf größer werdende Elite (vgl. Kaelble 1997: 56ff.); dieses Teilstück bildet heute schon das Publikum einer in Ansätzen existierenden europäischen medialen Öffentlichkeit.

d) Neben politischen Rahmenbedingungen, technischen Voraussetzungen und der Entstehung eines kompetenten Publikums hing die Entstehung einer nationalen Öffentlichkeit weiterhin von der *Ausdifferenzierung von Medienunternehmen und Journalisten* in Form von Verlegern und von Schriftstellern ab, die die Verbreitung von Informatio-

nen und Meinungen besorgten. Dabei ist das Verhältnis zwischen einem nachfragendem Publikum und der Entstehung von Anbietern als eine Relation der wechselseitigen Bedingtheit zu begreifen. Das Sammeln und Publizieren von Informationen und Meinungen wurde praktiziert, weil es Gewinne abwarf. Es konnte Gewinn einbringen, weil es ein nachfragendes Publikum gab und zudem eine Infrastruktur der Distribution und eine Technik der kostengünstigen Produktion. Wehler beschreibt in seinen Analysen des frühen 19. Jahrhunderts, wie sich aus dieser Bedingungskonstellation ein dichtes Netz an Verlegern, Buchhändlern, Schriftstellern, dann Journalisten entwickelte, zu Beginn eher auf der Basis einer Nebentätigkeit, dann zunehmend als Hauptberuf, es dann zu Professionalisierungsprozessen kam und Berufsverbände gegründet wurden.

Auch im Hinblick auf die Ausdifferenzierung von Medienunternehmen einer europäischen Öffentlichkeit sind die Bedingungen nicht schlecht beschaffen. Große Medienunternehmen, die zum Teil transnational agieren, sind grundsätzlich in der Lage, für eine Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit zu sorgen, wenn sich diese denn lohnen würde. Der Rentabilität sind aber durch das Publikum enge Grenzen gesetzt. Die Informationsvermittlung ist sowohl in der Presse als auch im Rundfunk (wenn auch schwächer), auf die sprachliche Kompetenz der Sprecher angewiesen. Europaweit agierende Medien müssten in die verschiedenen Sprachen übersetzt werden, was zu kostspielig wäre. Die Produktion in der lingua franca Englisch ist nur partiell rentabel und konzentriert sich vor allem auf ein wirtschaftliches und politisches Elitepublikum, nicht aber auf die Masse der Bürger. Die Aktivitäten der Medienanbieter in diesem Bereich haben sich sicherlich in den letzten 20 Jahren erheblich verstärkt und ausgedehnt und zu einem Angebot an transnationalen Medien geführt, die auf der Ebene der Eliten zu einer Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit beitragen können. Die Kompetenzen und Motivationen der großen Menge der Bevölkerung, sich in einer anderen als der Muttersprache zu informieren, wird aber, so die Vermutung, gering bleiben. Mit der Erhöhung der Zahl der Sprachen bei der Erweiterung der EU wird sich dieses Problem eher noch verschärfen. Einer der wichtigsten Hinderungsgründe der Entstehung einer einheitlichen europäischen Öffentlichkeit ist und bleibt also die Sprachenvielfalt: „Europa ist keine Kommunikationsgemeinschaft, weil Europa ein vielsprachiger Kontinent ist – das banalste Faktum ist zugleich das elementarste“ (Kielmansegg 1996: 55).

e) Schließlich hing die Entstehung einer nationalen politischen Öffentlichkeit von der Entstehung von *kollektiven Akteuren*, vor allem von Vereinen ab, die als *Sprecher* über die Medien zu einem Publikum sprechen wollten. Das 19. Jahrhundert ist als das Jahrhundert der Vereine bezeichnet worden (Siemann 1990: 261, mit Bezug auf Dieter Langewiesche 1988). An die Stelle von ständischen Korporationen traten zunehmend freiwillige, durch eine Satzung geregelte Assoziationen. Die Organisationsform der freien Assoziation war selbst wiederum die Institutionalisierung einer Idee, nämlich Ausdruck eines liberalen Weltbildes, „welches die Emanzipation von allen traditionellen Fesseln, die sich auf dem Forum der Vernunft nicht mehr rechtfertigen ließen, verlangte. Das autonome, geistig und materiell selbständige und selbstverantwortlich handelnde Individuum wurde als normatives Ideal anvisiert, für das es in schlechthin allen Lebenssphären die Bedingungen der Möglichkeit einer freien Entfaltung aktiv zu schaffen galt“ (Wehler 1987b). Umgekehrt diente der Vergesellschaftungstypus der Assozia-

tion der Einübung von demokratischen Idealen, indem Entscheidungen an Verfahren der Willensbildung und Mehrheitsfindung gebunden wurden (Hardtwig 1985: 122).

Der Prozess der Entstehung einer nationalen Öffentlichkeit ist insofern eng verwoben mit dem Prozess der Demokratisierung. Protestbewegungen, Interessengruppen, Vereine und Parteien, die die Selbstorganisation der Bürger institutionalisieren wollten, suchten die Zustimmung der Bürger und wollten diese für die Demokratie mobilisieren. Die Gründung eigener Medien und die Benutzung existierender Medien war der Weg, das Publikum zu erreichen; diese enge Verbindung zwischen Demokratisierung und der Entstehung einer Öffentlichkeit zeigt sich symptomatisch an der Entwicklung der Presse während der Revolution von 1848/49. Die Auflagen der existierenden Zeitungen und vor allem die Neugründungen schnellten innerhalb kürzester Zeit in die Höhe: In Preußen gab es 1847 404, zwei Jahre später bereits 622 Zeitungen, Intelligenz- und Volksblätter; in Österreich erhöhte sich die Zahl im selben Zeitraum von 79 auf 215 (vgl. Siemann 1985: 117; dort auch weitere statistische Informationen). Die enge Verquickung von Parteien und Interessengruppen und einer expandierenden Medienöffentlichkeit zeigt sich auch an der Tatsache, dass einige Parteien in Preußen die Namen von Zeitungen hatten. Die Konservativen, die sich um die Berliner „Neue Preußische Zeitung“, die so genannte „Kreuzzeitung“ versammelten, hieß „Kreuzzeitungspartei“, die liberal-konservativen Abgeordneten, die sich um das „Preußische Wochenblatt“ scharten, erhielten den Namen „Wochenblatt-Partei“ (Siemann 1990: 259). Jeder Schritt einer weiteren Demokratisierung hat zugleich die Ausdehnung einer nationalen Öffentlichkeit forciert. Mit der Institutionalisierung der Demokratie wurde zugleich die Bedeutung und das Gewicht einer nationalen Öffentlichkeit entscheidend gesteigert, ja erst hergestellt und dies aus strukturellen Gründen. In Demokratien sind die gewählten Vertreter und ihre Parteien von den Wahlentscheidungen der Bürger abhängig. Sie müssen als Sprecher für sich und ihre Programme und in Konkurrenz zu anderen politischen Unternehmern werben und sie tun dies via Öffentlichkeit. Ist eine Demokratie erst einmal institutionalisiert, dann erzeugt dies in der Folge einen Bedarf an Öffentlichkeit, Demokratie und Öffentlichkeit sind wechselseitig ineinander verzahnt. Die territorialen Grenzen der Öffentlichkeit sind entsprechend meist identisch mit den territorialen Grenzen der Demokratie, weil die gewählten Vertreter des jeweiligen Volkes ihr kommunikatives, öffentliches Verhalten an dem „demos“ orientiert, von dem sie gerade gewählt und abhängig sind.

Auf europäischer Ebene ist diese Bedingung gerade nicht gegeben und sicherlich – neben dem Sprachenproblem – eines der wichtigsten Hemmnisse der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. Das viel diskutierte Demokratiedefizit der EU ist eine der Ursachen (und nicht die Folge) des Öffentlichkeitsdefizits der EU. Der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union sind nicht unmittelbar von einem europäischen Volk gewählt. Sie sind den verschiedenen nationalen demoi gegenüber verantwortlich, und an diese richtet sich entsprechend auch ihre Aufmerksamkeit. Als Sprecher in den Medien wollen sie ihr nationalstaatlich spezifisches Publikum erreichen und nicht ein europäisches Volk.

2. Die Vorstellung einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit

Die zweite Option einer europäischen Öffentlichkeit besteht in einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten. Diese Modellvorstellung ist grundsätzlich realistischer als die Entstehung einer länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit, weil sie die Überwindung der Sprachenunterschiede nicht als Bedingung enthält. Unter einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten soll: a) die Thematisierung europäischer Themen und Akteure in den nationalen Öffentlichkeiten einerseits und b) die Bewertung der Themen und Akteure unter einer nicht-nationalstaatlichen Perspektive andererseits verstanden werden (Gerhards 1993: 102).⁹

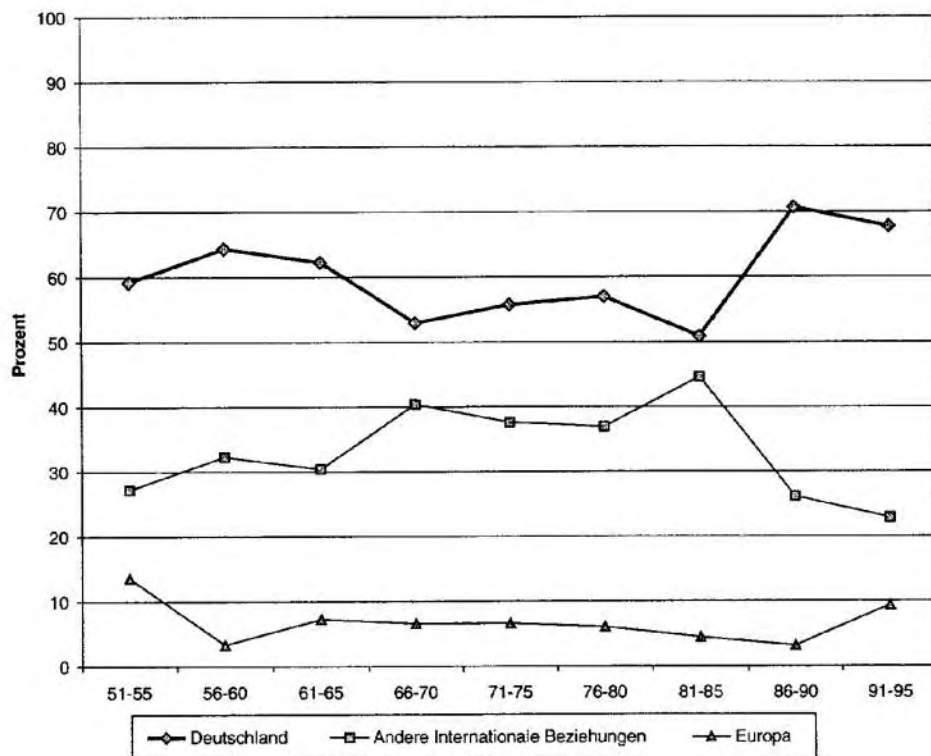
a) Der empirische Wissensstand über den Grad und vor allem die Entwicklung einer Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten ist sehr gering. Holger Sievert (1998) gibt mit seiner Dissertation den besten Überblick über den Forschungsstand; er hat selbst jeweils zwei Nachrichtenmagazine aus den Ländern Deutschland, Niederlande, Österreich, Frankreich und England untersucht. Die Aufmerksamkeit der einzelnen Medien für das je eigene Land schwankt zwischen 61 und 81 Prozent (Sievert 1998: 232); die zweitwichtigste Aufmerksamkeit erhalten Länder außerhalb der EU, erst an dritter Stelle rangieren die Länder Europas (inklusive europäische Länder außerhalb der EU); die mediale Aufmerksamkeit für die EU (nicht für die einzelnen Länder der EU) selbst liegt bei 1 bis 5,3 Prozent aller Artikel (Sievert 1998: 282). Länderunterschiede werden von Sievert allein beschrieben, nicht aber erklärt. Zudem und für unsere Fragestellung entscheidend ist die Tatsache, dass die von Sievert erhobenen Daten keine Analyse der Entwicklung der medialen Aufmerksamkeit für Europa ermöglichen.

Wir haben selbst bis dato keine Zeitreihen der medialen Öffentlichkeit erhoben, die den Grad der Transnationalisierung und Europäisierung der Öffentlichkeit bestimmen helfen könnten, können aber dankenswerterweise auf Daten zurückgreifen, die Hans Mathias Kepplinger erhoben und zur Analyse der Politikdarstellung in den Medien der Bundesrepublik ausgewertet hat (Kepplinger 1998). Kepplinger hat die Berichterstattung über Politik in den Qualitätsmedien der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung* und der *WELT* für die Zeit von 1951 bis 1995 rekonstruiert.¹⁰ Kepplinger unterscheidet in seiner Analyse u.a. unterschiedliche Themen der Berichterstattung. Die verschiedenen Themengebiete wurden für die folgenden Auswertungen zu drei Oberkategorien aggregiert: 1. Innere Angelegenheiten Deutschlands (inklusive Themen deutsch-deutscher Beziehungen), 2. Themen aus dem Bereich europäischer Beziehungen und 3. Themen aus dem Bereich anderer internationaler Beziehungen. *Abbildung 3* zeigt die Entwicklung der drei Themengebiete im Zeitverlauf.

9 Holger Sievert (1998) spricht von einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten nicht nur dann, wenn eine Berichterstattung über Europa in den verschiedenen nationalen Medien stattfindet, sondern wenn zugleich die Mediensysteme, die Medieninstitutionen, und die Medienakteure in den verschiedenen Ländern ähnlich strukturiert und damit synchronisiert sind. Er beschreibt dann in einem sehr aufwendigen und informativen Verfahren, in welchem Maße dies in den verschiedenen Ländern der EU der Fall ist.

10 Grundgesamtheit war der gesamte Politikteil der drei Zeitungen sowie die Rubrik mit gemischten Meldungen („Aus aller Welt“). Ausgewählt wurden alle Artikel von der Titelseite und jeder zweite Artikel von den anderen Seiten.

Abbildung 3: Europa als Thema der bundesrepublikanischen massenmedialen Öffentlichkeit



Durchschnittlich sind 60,4 Prozent der Themen, über die in den analysierten Medien berichtet wird, Themen, die sich mit inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik beschäftigen, 39,6 Prozent sind also transnationale Themen.¹¹ Dieses sehr hohe Niveau der Transnationalisierung der medialen Öffentlichkeit ist der Tatsache geschuldet, dass allein Qualitätszeitungen ausgewertet wurden; deren transnationale Orientierung weit höher ist als die von durchschnittlichen Tageszeitungen. Bereits Karl Deutsch (1959) verweist auf Studien, die zeigen, dass die Aufmerksamkeit von Elite-Zeitungen (Times und New York Times) für internationale Angelegenheiten mit 40 Prozent weit über dem Anteil normaler Zeitungen liegt, die ca. 9 Prozent ihrer Aufmerksamkeit dem Internationalen widmen. Insofern sind die durchschnittlichen Werte für den Grad der Transnationalisierung der von Kepplinger analysierten Zeitungen nicht gut zu interpretieren; wir konzentrieren uns im Folgenden allein auf die Entwicklung im Zeitverlauf.

Betrachtet man im ersten Schritt das Verhältnis von innerdeutschen Themen zu den transnationalen Themen (europäische *und* außereuropäische Themen), dann zeigt

¹¹ Eine Auswertung der Themen der Fernsehberichterstattung der „Tagesschau“ der ARD zeigt, dass 84,3 Prozent der Themen auf innere Angelegenheit der Bundesrepublik bezogen waren, 15,7 Prozent also transnationale Themen fokussierten (Meckel: 1994: 291).

sich im Zeitverlauf keine klare Entwicklungsrichtung. Im Zeitraum 1960 bis 1985 nimmt der Anteil der transnationalen Themen zwar langsam zu, sodass man von einer leichten Zunahme einer Transnationalisierung der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit sprechen kann, ab 1986 (genau: ab 1989 mit dem Mauerfall und der im folgenden Jahr beschlossenen Wiedervereinigung) gibt es aber einen kräftigen Anstieg der nationalen Themen auf Kosten der transnationalen Themen, ja die nationale Fixierung der Öffentlichkeit erreicht eine in der Geschichte der Bundesrepublik bis dahin nicht gekannte Höhe.¹² Zumindest für die Zeit ab 1986 entwickelte sich die bundesrepublikanische Öffentlichkeit in die umgekehrte Richtung als die Ökonomie und die Politik, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit fixiert sich auf die inneren Angelegenheiten, während sich die ökonomischen Handlungen und die politischen Entscheidungen transnationalisieren.

Etwas anders sieht die Entwicklung aus, wenn man die europäischen Themen im Verhältnis zu den anderen transnationalen Themen und den innerdeutschen Themen betrachtet. Die europäischen Themen sind von allen drei Themengebieten diejenigen, die die geringste Medienaufmerksamkeit erhalten. Ihr durchschnittlicher Anteilswert über die Jahre liegt bei 6,9 Prozent. Die mediale Beschäftigung mit Europa ist im Zeitraum 1961 bis 1990 kontinuierlich, wenn auch nur leicht zurückgegangen, um dann in der letzten Zeitphase wieder auf das Niveau von 1961/1965 zurückzukehren. Insgesamt aber zeigt sich ein relativ gleich bleibendes Niveau der Bearbeitung von europäischen Themen in der nationalen medialen Arena der Bundesrepublik. Während sich das politische Handeln der Herrschaftsträger also im Zeitverlauf zunehmend transnationalisiert und vor allem europäisiert hat, hinkt die Öffentlichkeit dieser Entwicklung hinterher und bleibt weiterhin nationalstaatlich verhaftet. Eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit der Bundesrepublik kann also auf der Basis der von Kepplinger erhobenen Daten nicht festgestellt werden.¹³

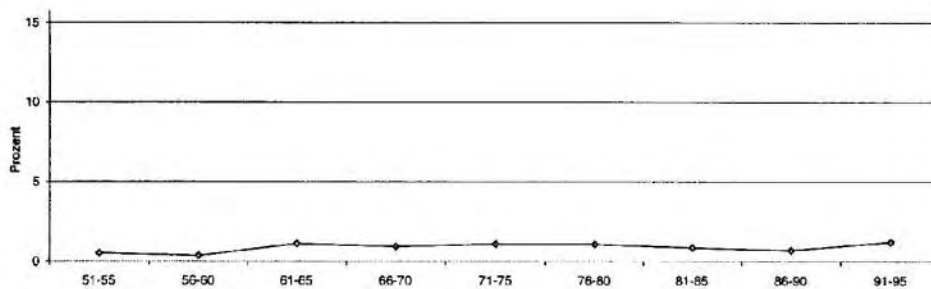
b) Themen der medialen Berichterstattung können von verschiedenen Sprechern kommuniziert werden. Der Maastrichter Vertrag kann z.B. vom Bundeskanzler, vom Premierminister Englands oder von einem Kommissar der Europäischen Kommission thematisiert werden. Werden Themen von nationalen Akteuren thematisiert, dann ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass die Meinungsbildung zu den Themen unter einer nationalstaatlichen Interessenperspektive erfolgt, als wenn Themen von europäischen Akteuren wie dem europäischen Parlament oder der Kommission bearbeitet werden, weil die nationalen Akteure im höheren Maße den Restriktionen nationaler Politik, die europäischen Akteure hingegen den Strukturbedingungen des europäischen Politikfeldes unterworfen sind. Die von Kepplinger durchgeführte Inhaltsanalyse enthält

12 Da ich Intervalle von jeweils fünf Jahren gebildet habe, ist die graphische Darstellung vor allem der der Zeitphase 1986/1990 etwas irreführend. Die Zunahme der innenpolitischen Themen in dieser Phase geht in erster Linie auf die Jahre 1989 und 1990 zurück.

13 Dabei muss man bedenken, dass das Kategoriensystem von Hans Mathias Kepplinger nicht für die hier analysierte Fragestellung ausgelegt war, sodass die hier getroffenen Interpretationen mit Vorsicht zu lesen sind. So wurde in der Datenerhebung von Kepplinger z.B. jeweils nur das wichtigste Thema eines Artikels kodiert. Es ist aber möglich, dass sich eine zunehmende Transnationalisierung und Europäisierung der Öffentlichkeit zuerst und vor allem in den Sekundär- und Tertiärthemen eines Artikels zeigt.

neben den Themen auch eine Klassifikation der Sprecher von Stellungnahmen (falls ein Berichtsanlass auf eine Stellungnahme eines Sprechers zurückzuführen war). Für die folgende Auswertung wurden alle möglichen Urheber von Stellungnahmen dichotomisiert in Sprecher der europäischen Institutionen (Europäisches Parlament, Ministerrat, Kommission, Gerichtshof) einerseits und alle anderen Urheber von Stellungnahmen, seien es nationale oder außereuropäische Sprecher, andererseits. Wir hatten eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten definiert durch zwei Merkmale: die Thematisierung europäischer Themen in den nationalen Öffentlichkeiten einerseits und die Bewertung der Themen unter einer nicht-nationalstaatlichen sondern europäischen Perspektive andererseits. Wir operationalisieren das zweite Bestimmungselement einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit durch die Menge der europäischen Akteure, die als Sprecher in den Medien zu Wort kommen. *Abbildung 4* gibt deren Anteil an der Gesamtanzahl der Sprecher im Zeitverlauf wieder.

Abbildung 4: Akteure der EU als Urheber von Stellungnahmen (ohne „Andere“)



Der Anteil der Urheber von Stellungnahmen, die den Institutionen der EU zuzuordnen sind, liegt im Durchschnitt bei 0,9 Prozent und schwankt im Zeitverlauf zwischen 0,5 und 1,2 Prozent. Eine klare Entwicklungsrichtung im Zeitverlauf ist nicht festzustellen, die Bedeutung der europäischen Institutionen als Urheber von Stellungnahmen bleibt konstant gering und damit fast bedeutungslos. Auch im Hinblick auf die zweite Dimension einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit, der Meinungsbildung zu europäischen Themen aus einer europäischen statt einer nationalen Perspektive, lässt sich im Zeitverlauf keine Zunahme einer europäischen Meinungsbildung bilanzieren.¹⁴ Auch hier hinkt eine Europäisierung der Öffentlichkeit den Europäisierungsprozessen von Politik und Ökonomie hinterher. Allerdings gilt hier mehr noch als bei der Analyse der Themen, dass der benutzte Indikator eine recht schwache Operationalisierung des theoretischen Konstrukts darstellt und insofern die Interpretationen als weitgehend hypothetisch zu gelten haben. Es bedarf genauerer Untersuchungen, um zu prüfen, ob die hier gezogenen Schlussfolgerungen empirisch bestätigt werden können.

¹⁴ Der höhere Anteil an europäischen Themen im Vergleich zu den europäischen Sprechern lässt den Schluss zu, dass die Thematisierung von europäischen Themen in erster Linie durch die nationalen Akteure erfolgt. Diese werden die Themen dominant unter einer nationalstaatlichen Interessenperspektive bearbeiten.

IV. Mögliche Ursachen für das Öffentlichkeitsdefizit der EU

Wenn sich der vorläufige Eindruck bestätigen sollte, dass die nationale Öffentlichkeit weitgehend nationalstaatlich fixiert geblieben ist und sich nicht europäisiert hat, dann stellt sich die Frage, welches die Ursachen für diesen Befund sind. Die Medienaufmerksamkeit und die Meinungsbildung zu Themen hängt generell von drei Faktoren ab: der Motivation für Öffentlichkeitsarbeit und den PR-Aktivitäten von kollektiven Akteuren (1), dem Nachrichtenwert der Informationen (2) und schließlich den journalistischen Aktivitäten (3). Bezüglich aller drei Faktoren lassen sich im Hinblick auf die Berichterstattung über europäische Politik und die Meinungsbildung zu Europa Defizite diagnostizieren.

1. Die Öffentlichkeitsorientierung der Kommission ist aus strukturellen Gründen recht schwach ausgebildet. Die Kommissare werden nicht von den Bürgern Europas gewählt; sie benötigen in erster Linie die Rückendeckung der jeweiligen nationalen Regierung, von denen sie vorgeschlagen wurden, sie bedürfen aber nicht der Unterstützung einer Wählerschaft der Bürger. Damit entfällt für die Kommissare die Notwendigkeit, sich über die Öffentlichkeit vermittelt um die Zustimmung der Bürger bemühen zu müssen, eine strukturell angelegte Öffentlichkeitsabstinenz der Kommission ist die Folge.¹⁵ Hinzu kommt, dass die Ausarbeitung der Vorschläge im Gesetzgebungsverfahren, in der die Kommission ja das Initiativrecht hat, unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschieht, der Vorschlag selbst wird – dem Kollegialprinzip folgend – von der Kommission als ganzer vertreten. Sowohl die Nicht-Öffentlichkeit der Ausarbeitung der Vorschläge als auch das Kollegialprinzip der Kommission sind Faktoren, die eine öffentliche Orientierung der Kommission nicht gerade begünstigen. Schließlich ist die Öffentlichkeitsarbeit der Kommission nicht hinreichend homogenisiert und synchronisiert, zum Teil auch nicht professionell genug organisiert (Gramberger und Lehmann 1995; Meyer 1999). Christoph Olaf Meyer berichtet, dass sich der Etat für Öffentlichkeitsarbeit in der Zeit von 1992 bis 1998 zwar von 34,9 Millionen auf 102,5 Millionen verdreifacht hat, dass die Strukturdefizite in der Öffentlichkeitsarbeit, die vor allem in einer fragmentierten Struktur der Öffentlichkeitsarbeit bestehen, aber nicht behoben wurden. Ähnlich fällt die Diagnose im Hinblick auf die Professionalität der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission von Marc R. Gramberger und Ingrid Lehmann (1995; Gramberger 1997) aus.

Das institutionalisierte Gegengewicht zur Kommission und zum Ministerrat, das europäische Parlament, verfügt zwar über eine stärkere Öffentlichkeitsorientierung, ist aber mit schwachen Einflussmöglichkeiten ausgestattet und nur begrenzt in der Lage, Entscheidungen und Entscheidungsabsichten des geschlossenen Arkanbereichs der europäischen Politik in die Öffentlichkeit zu transportieren. Zwar sind die Rechte des Europaparlaments erweitert worden, das Parlament bleibt aber weiterhin im Vergleich zur Kommission und zum Ministerrat eine relativ schwache Institution.

Der Europäische Rat und der Rat der EU haben ein strukturell stärkeres Interesse

¹⁵ Dass die Öffentlichkeitsneigung der Kommissare dabei individuell nochmals unterschiedlich ist, hat der vormalige Kommissar für Wettbewerb, Karel van Miert, mit seiner starken Außenorientierung gezeigt (vgl. Meyer 1999).

an einer Öffentlichkeitsarbeit als die Kommission, dieses ist aber nationalstaatlich und nicht europäisch orientiert. Die Regierungschefs und die jeweiligen Minister sind nicht von einem europäischen Wahlvolk, sondern von den Bürgern eines Landes gewählt und müssen sich diesen gegenüber verantworten und vor diesen für sich und ihre Politik werben. Dies macht die Betonung nationaler Interessen auf Kosten einer europäischen Orientierung wahrscheinlich. Die Pressekonferenzen und das Presse-Briefing sind entsprechend nationalstaatlich organisiert (vgl. Gerhards 1993).

2. Die Europäische Union ist von verschiedenen Autoren als ein dynamisches Mehrebenensystem (vgl. Jachtenfuchs und Kohler-Koch 1996) beschrieben worden. Damit ist gemeint, dass es eine Pluralisierung von Steuerungsebenen gibt, die von den Regionen, über die Nationalstaaten bis hin zu den verschiedenen Institutionen der EU reichen. Verflechtungsbeziehungen dieser Art lassen keinen eindeutigen Akteur, der für Entscheidungen zuständig ist und dem Verantwortung zugerechnet werden kann, erkennen (Lepsius 1997); eine für eine Medienresonanz so wichtige Personalisierung der Politik wird dadurch erschwert. Die Intensität, mit der die Medien im Herbst 1999 auf die Ernennung von Javier Solana zum Generalsekretär und hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik reagiert haben und ihn zum „Mister Europa“ gekürt haben, ließ das Defizit an Personalisierung europäischer Politik deutlich erkennen.

Zudem sind die sehr komplexen, durch Verwaltungsrationale bestimmten Abstimmungsprozesse der EU (Bach 1999) kaum zu durchschauen und damit nicht sonderlich medienwirksam; sie lassen viele Nachrichtenfaktoren vermissen, an denen sich die Medien in ihrer Selektion von Informationen orientieren. Die EU bleibt damit letztlich konturlos und überkomplex, und dies erschwert eine mediale Berichterstattung über die EU.

Im Hinblick auf eine Dominanz einer nationalstaatlich orientierten Meinungsbildung zu Europa ist der Nachrichtenfaktor der Relevanz sicherlich von besonderer Bedeutung (Schulz 1997: 71). Die Auswahl von Themen und Meinungen erfolgt u.a. nach dem Kriterium der Tragweite und der Betroffenheit für das mediale Publikum. Man kann vermuten, dass die Definition von Relevanzen im Hinblick auf außernationale Ereignisse über Jahrzehnte durch ein nationales Interessen-Deutungsmuster geprägt wurde und dass dieses auch für die Meinungsbildung über Europa weiterhin mit prägend ist. Brüssel wird als ferner und letztendlich fremder Ort wahrgenommen bzw. so von den nationalen politischen Eliten interpretiert.

3. Schließlich hängt die Berichterstattung über Themen von den journalistischen Aktivitäten ab.¹⁶ Ob diese in Brüssel anders und schwächer sind als in Berlin und in anderen Hauptstädten, dazu liegen für den gegenwärtigen Zeitpunkt nach meiner Kenntnis keine empirischen Informationen vor (für England vgl. Morgan 1995). Für den Beginn der 90er Jahre konnte ich in einer kleinen Feldstudie feststellen, dass die Repräsentanz der bundesrepublikanischen Medien in Brüssel recht schwach ausgebildet war

¹⁶ Holger Sievert (1998: 113f.) berichtet von einer Untersuchung, die zeigt, dass die Berichterstattung über die EU in ausgewählten europäischen Zeitungen zu 65 Prozent von eigenen redaktionellen Mitarbeitern der jeweiligen Zeitungen erfolgt und nicht von Nachrichtenagenturen.

(Gerhards 1993), entsprechend den Rechercheaktivitäten der Journalisten enge personelle Grenzen gesetzt waren. Für eine dominant nationalstaatlich orientierte Meinungsbildung konnte festgestellt werden, dass die Brüsseler Korrespondenten untereinander vor allem nach Nationen vernetzt und vergemeinschaftet sind und nicht nach politisch-ideologischen Orientierungen, die quer zu den Nationen gelagert sind. Dieser nach Nationen versäulte Vergemeinschaftungsmodus unterstützt wahrscheinlich eine nationalstaatlich orientierte Meinungsbildung.

V. Bilanz der Ergebnisse und Ausblick

Ich hatte Transnationalisierung definiert als das Verhältnis zwischen Binneninteraktion und Außeninteraktion eines sozialen Teilbereichs einer Gesellschaft und im Anschluss an diese Definition versucht, die Entwicklung der Bereiche Ökonomie, Politik und Öffentlichkeit für die Geschichte der Bundesrepublik zu rekonstruieren. Die Analysen haben gezeigt, dass die Ökonomie auf den Märkten für Güter- und Dienstleistungen, Aktien und zum Teil auch auf dem Arbeitsmarkt Trends in Richtung einer Zunahme der Transnationalisierung aufweisen; allerdings läuft dieser Prozess recht langsam und kontinuierlich und nicht schnell und sprunghaft; zudem sind Transnationalisierungsprozesse im Bereich der Ökonomie keine Globalisierungsprozesse, sondern in erster Linie Europäisierungsprozesse.

Auch für den Bereich der Politik lassen sich Transnationalisierungsprozesse feststellen; die empirischen Befunde zeigen, dass sich die Politik in dieselbe Richtung transnationalisiert hat wie die Ökonomie. Der europäische Einigungsprozess bedeutet eine kontinuierliche Verlagerung von nationalen Souveränitätsrechten auf die Institutionen der EU. Durch diese Kongruenz von Politik und Ökonomie können Steuerungsprobleme gelöst werden, zumindest sind die Bedingungen der Möglichkeit für eine solche Lösung geschaffen. Anders verhält sich die Entwicklung der medialen Öffentlichkeit. Auch wenn die empirische Datenlage hier dürftiger ist, sprechen die Befunde für eine nationale Verhaftung der medialen Öffentlichkeit: Über Europa wird in der medialen Öffentlichkeit der Bundesrepublik im Zeitverlauf nicht zunehmend mehr berichtet, europäische Institutionen spielen als mediale Sprecher kaum eine Rolle. Damit ergibt sich eine Inkongruenz zwischen einer Europäisierung der politischen Entscheidungen einerseits und einer medialen Darstellung und Vermittlung europäischer Politik andererseits. Es gehört zu den Kernmerkmalen von Demokratien, dass die Bürger über die Herrschaftsträger und deren Handlungen und Vorhaben informiert werden. Einer Verlagerung von Herrschaftsbefugnissen von den Nationalstaaten auf die EU scheint nun in keiner Weise einer Veränderung des Aufmerksamkeitsfokus der Medien zu entsprechen: Die Öffentlichkeit hinkt einer Transnationalisierung der Politik hinterher, sie bleibt nationalstaatlich verhaftet, während sich die Politik europäisiert hat.

Ich möchte zum Abschluss auf zwei mögliche Einwände gegen die hier formulierte Argumentation eingehen: a) der eine Einwand ist theoretischer, b) der andere empirischer Natur.

a) Ich habe implizit die Frage der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit an dem Modellfall einer nationalen Öffentlichkeit entwickelt und die Struktur einer na-

tionalen Öffentlichkeit auch als Bewertungsmaßstab gewählt. Damit, so der mögliche Einwand, wird aber die Hürde der Bemessung und Bewertung zu hoch gelegt, sodass man fast zwangsläufig zu einer Defizitdiagnose kommen muss. Klaus Eder, Kai-Uwe Hellmann und Hans-Jörg Trenz (1998) formulieren die These, dass es auf europäischer Ebene zur Entwicklung von anderen, aber *funktional äquivalenten* Formen der Öffentlichkeit gekommen ist und kommen wird. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass sie a) thematisch zentriert sind (issue-spezifisch oder politikfeldspezifisch), b) vor und mit einem Expertenpublikum oder einem Interessengruppenpublikum (Netzwerke organisierter Gruppierungen) stattfinden und c) auf Entscheidungsverfahren der EU mehr oder weniger direkt bezogen sind. Die Autoren illustrieren dieses Modell einer europäischen Öffentlichkeit am Beispiel des Themas Migrationspolitik und der um dieses Issue entstandenen Kommunikationsnetzwerke von Gruppierungen, die die Interessen der Angehörigen der Nicht-EU-Staaten formulieren.

Es scheint mir wenig überzeugend zu sein, dass solche Formen der Verfahrensöffentlichkeit vor und mit einem kleinem Fachpublikum ein funktionales Äquivalent für eine massenmediale Öffentlichkeit darstellen können und werden. Das Kernmerkmal einer demokratischen Öffentlichkeit besteht darin, dass potenziell *alle* Bürger sich informieren und ihre Meinung bilden können.¹⁷ Eine solche Inklusion der freien und gleichen Bürger in den öffentlichen Diskurs – so der von Eder, Hellmann und Trenz (1998: 322) selbst formulierte Standard – lässt sich aber allein massenmedial und nicht über eine Präsenzöffentlichkeit von Eliten realisieren.

b) Die empirischen Analysen der massenmedialen Öffentlichkeit enden mit dem Jahr 1995. Seitdem kann sich die Aufmerksamkeit für europäische Themen verändert haben. Schon die Ratifizierungen des Maastrichter Vertrages hatte in den Ländern, in denen im Unterschied zur Bundesrepublik das Volk direkt befragt wurde, in den jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten zu einer enormen Medienresonanz geführt. Die Ablehnung des Maastrichter Vertrags durch das Referendum der Dänen und die knappe Zustimmung der Franzosen hatte innerhalb der europäischen Institutionen das Interesse für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit geweckt.¹⁸ Im Dezember 1993 hatte der Rat und die Kommission ein Reglement erlassen, nach dem der öffentliche Zugang zu Dokumenten der Kommission und des Rats in Zukunft geregelt werden sollte.¹⁹ Die Kommission hat zudem ihre Öffentlichkeitsaktivitäten in den 90er Jahren, vor allem ab 1994 verstärkt; dies zeigt sich zum einen in der Menge der Haushaltsmittel, die für die Informationspolitik ausgegeben wurden (Gramberger 1997: 270), zum anderen in einer durch den für Information zuständigen Kommissar Pinheiro eingeleiteten Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Neben der Maastricht-Krise war es die Einführung der Europäischen Währungsunion in elf Staaten einerseits und die Vorwürfe wegen Betrugs und Missmanagement

17 Entsprechend betont Robert Dahl in der oben zitierten Textstelle, dass *jeder* Bürger die Gelegenheit haben muss, sich zu informieren.

18 Marc R. Gramberger (1997) macht in seiner sehr gründlich recherchierten Dissertation über die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission die Maastricht Krise für einen fundamentalen Wandel der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission verantwortlich.

19 Dass die erlassenen Regeln aber den Zugang zu Dokumenten nicht sonderlich verbessert haben, hat ein Test des „Guardian“ gezeigt (Tumber 1995: 515).

gegen die von Präsident Santer geleitete Kommission andererseits, die – ohne dass wir darüber über Daten verfügen – zu einer starken Resonanz in der nationalen Öffentlichkeit der Bundesrepublik geführt haben. Man kann diese Beispiele auf die Strukturbedingungen hin befragen, die eine erhöhte Medienresonanz ausgelöst haben, um Hypothesen für die zukünftige Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit zu formulieren.

Die Tatsache, dass in den Ländern, in denen es zum Maastrichter Vertrag ein Referendum gab, zugleich eine breite öffentliche Debatte stattfand, zeigt nochmals, in welchem Maße das Demokratiedefizit und das Öffentlichkeitsdefizit der EU ineinander verzahnt sind und sich wechselseitig verstärken. Denn in den Momenten, in denen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger für europäische Belange groß war, war auch die öffentliche Debatte über Europa groß. Insofern kann man vermuten, dass eine stärkere Demokratisierung der EU zugleich zu einer Europäisierung der Öffentlichkeit führen wird.²⁰ Eine Erweiterung der unmittelbaren Entscheidungsmacht der Bürger zwingt die politischen Akteure zu einer Legitimation ihrer Handlungsoptionen vor den Bürgern. Ähnlich wie auf nationaler Ebene eine Demokratisierung die Ausdehnung und Stärkung von Öffentlichkeit erzeugt hat, kann man erwarten, dass eine Demokratisierung der EU die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit beflügeln würde.²¹

Der Fall des durch öffentlichen Druck erzwungenen Rücktritts der Santer-Kommission am 16. März 1999 ist insofern ein instruktiver Fall, weil hier andere Strukturparameter der Erzeugung einer medialen Öffentlichkeit über Europa von Bedeutung waren. Christoph Olaf Meyer (2000) hat den Fall rekonstruiert. Die Medienresonanz ist vor allem auf Veränderungen in der Zusammenarbeit Brüsseler Journalisten zurückzuführen. Die Verfehlungen der Kommission wurden durch eine Allianz einer multinational zusammengesetzten Gruppe von Journalisten auf die Agenda gesetzt, die in Form eines investigativen Journalismus nach verschwundenen Geldern der EU in Luxemburg recherchierte, Informationen austauschte, ihre Veröffentlichungen in den jeweiligen Heimatzeitungen koordinierte, dadurch flächendeckend die Medienagenda bestimmte, Intermedia-Agenda-Setting-Effekte auslöste, und durch Gruppenbildung sich gegenüber Sanktionen von Seiten ihrer Heimatredaktionen und der Kommission schützte. Hinzu kam eine enge Kooperation der Journalisten mit einigen Abgeordneten des Europaparlaments, was den Druck auf die Kommission erhöhte. Ob diese fallspezifische Allianz der strukturell „Schwachen“, von Journalisten aus verschiedenen Ländern einerseits und Journalisten und Parlamentariern andererseits, aber dauerhafteren Bestand haben wird und damit zu einer Europäisierung der Öffentlichkeiten beitragen wird, bleibt abzuwarten.

20 Dies ist keine normative Aussage, sondern eine Hypothese. Dass eine Demokratisierung der EU wiederum von Voraussetzungen und mit vielen Folgeproblemen verbunden ist, haben u.a. Peter Graf Kielmansegg (1996), Joseph Weiler (1989; 1991) und Fritz W. Scharpf (1998) gezeigt.

21 Umgekehrt argumentiert Dieter Grimm (1995) in seiner Verneinung der Frage „Braucht Europa eine Verfassung?“ Eine Verfassung setzt ein homogenes europäisches Staatsvolk voraus. Dieses wiederum kann sich erst u.a. durch die Existenz einer europaweiten Öffentlichkeit konstituieren. Da diese empirisch nicht gegeben ist, macht auch eine Verfassung keinen Sinn (vgl. kritisch zu Grimm Habermas 1996).

Insgesamt zeigen unsere Analysen, dass der empirische Wissensstand zum Thema Transnationalisierung im Allgemeinen und zur Frage der Europäisierung nationaler Öffentlichkeit im Speziellen sehr gering ist. Auch in diesem Beitrag basiert die Argumentation auf schmalem empirischem Material. Vor allem fehlen ländervergleichende Untersuchungen. Das Ausmaß der Berichterstattung über Europa und die Meinungsbildung zu Europa wird in den verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten recht unterschiedlich sein. Über Varianzen in der abhängigen Variable (unterschiedliche Aufmerksamkeit für Europa in den Ländern einerseits, unterschiedliche Grade einer nationalstaatlichen Meinungsbildung zu Europa andererseits) ließen sich auch mögliche Ursachenfaktoren genauer bestimmen – Herausforderungen für zukünftige Forschungen.²²

Literatur

- Altvater, Elmar, und Birgit Mahnkopf*, 1997: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bach, Maurizio*, 1999: Die Bürokratisierung Europas: Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation in Europa. Frankfurt a.M.: Campus.
- Beck, Ulrich*, 1997: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beisheim, Marianne, Sabine Dreher, Gregor Walter, Bernhard Zangl und Michael Zürn*, 1999: Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung. Baden-Baden: Nomos.

²² Ich möchte einige Hypothesen formulieren, die Forschungen zur empirischen Erklärung unterschiedlicher Grade der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten anleiten könnten.

H 1: Je stärker ein Mediensystem privatisiert ist, desto höher ist die Bedeutung von Nachrichtenfaktoren zur Selektion von Nachrichten, desto geringer ist die Aufmerksamkeit für die EU.

H 2: Je mehr Journalisten in Brüssel akkreditiert sind und je besser ihre Ressourcenausstattung ist, desto höher ist die Aufmerksamkeit für europäische Themen innerhalb der Medien, die sie vertreten.

H 3: Je mehr ein Land zentrale Positionen innerhalb der EU besetzt hat (z.B. EU-Ratspräsidentschaft), desto höher ist die Aufmerksamkeit für die EU in diesem Land.

H 4: Je mehr die Bürger über die EU selbst entscheiden können, desto höher ist die Aufmerksamkeit der Medien für die EU (Beispiel: Frankreich und Dänemark während des Referendums zum Maastrichter Vertrag).

H 5: Je stärker große Parteien oder Interessengruppen innerhalb eines Nationalstaats eine weitere Integration der EU ablehnen, desto mehr Öffentlichkeitsarbeit werden sie für ihre Position zu Europa betreiben und desto höher ist die Aufmerksamkeit für die EU (Beispiel: Front National in Frankreich).

Auch im Hinblick auf die Meinungsbildung zu Europa lassen sich einige Hypothesen formulieren.

H 6: Je höher der ökonomische Nutzen eines Landes durch die Mitgliedschaft in der EU ist, desto positiver werden sich die nationalen Eliten zur EU äußern und um so positiver ist die Darstellung der EU in den Medien des Landes.

H 7: Je stärker das Nationalbewusstsein in einem Mitgliedsland ist, desto negativer ist die Darstellung der EU.

H 8: Je stärker rechte Parteien in einem Mitgliedsland sind, desto stärker ist die Ablehnung der EU in den Medien des Mitgliedslandes.

- Beisheim, Marianne, Sabine Dreher, Gregor Walter und Michael Zürn*, 1997: Globalisierung – Rhetorik oder Realität? Zum Stand der Denationalisierung in der G-7 und in der Bundesrepublik. S. 96–108 in: *Werner Fricke* (Hg.): *Jahrbuch Arbeit und Technik*. Bonn: Dietz.
- Benz, Arthur*, 1998: Ansatzpunkte für ein europäisches Demokratiekonzept. S. 345–369 in: *Beate Kohler-Koch* (Hg.): *Regieren in entgrenzten Räumen*. Sonderheft 29 der PVS. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Berg, Klaus, und Marie-Luise Kiefer*, 1996: *Massenkommunikation V. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung 1964–1995*. Baden-Baden: Nomos.
- Blöbaum, Bernd*, 1994: *Journalismus als soziales System. Geschichte, Ausdifferenzierung und Verselbständigung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dahl, Robert A.*, 1989: *Democracy and its Critics*. New Haven/London: Yale University Press.
- Deutsch, Karl W.*, 1956: Shifts in the Balance of Communication Flows: A Problem of Measurement in International Relations, *Public Opinion Quarterly* 20: 143–160.
- Deutsch, Karl W.*, 1959: The Propensity to International Transactions, *Political Studies* 7: 137–154.
- Duchesne, Sophie, und André-Paul Frogner*, 1995: Is there a European Identity? S. 193–226 in: *Oskar Niedermayer und Richard Sinnott* (Hg.): *Public Opinion and Internationalized Governance*. Oxford: University Press.
- Eder, Klaus, Kai-Uwe Hellmann und Thomas Schmidt*, 1998: Regieren in Europa jenseits der öffentlichen Kommunikation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa. S. 321–344 in: *Beate Kohler-Koch* (Hg.): *Regieren in entgrenzten Räumen*. Sonderheft 29 der PVS. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Elias, Norbert*, 1973: *Was ist Soziologie?* München: Juventa.
- Garrett, Geoffrey*, 1995: *Partisan Politics in the Global Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Garrett, Geoffrey*, 1995: Capital Mobility, Trade, and the Domestic Politics of Economic Policy, *International Organization* 49: 657–687.
- Gerhards, Jürgen*, 1993: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, *Zeitschrift für Soziologie* 22: 96–110.
- Gerhards, Jürgen*, 1999: Wie responsiv sind die Massenmedien? Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse zum Verhältnis von Medien und Politik. 145–173 in: *Jürgen Gerhards und Ronald Hitzler* (Hg.): *Eigendynamik und Rationalität sozialer Prozesse*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen, und Jörg Rössel*, 1999: Zur Transnationalisierung der Gesellschaft der Bundesrepublik. Entwicklungen, Ursachen und mögliche Folgen für die europäische Integration, *Zeitschrift für Soziologie* 28: 325–344.
- Gramberger, Marc R.*, 1997: *Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission 1952–1996. PR zur Legitimation von Integration?* Baden-Baden: Nomos.
- Gramberger, Marc R., und Ingrid Lehmann*, 1995: UN und EU: Machtlos im Kreuzfeuer der Politik? Informationspolitik zweier internationaler Organisationen im Vergleich, *Publizistik* 40: 186–204.
- Grimm, Dieter*, 1995: *Braucht Europa eine Verfassung?* München: Carl Friedrich von Siemens Stiftung.
- Guttmann, Robert*, 1996: Die Transformation des Finanzkapitals, *Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 26: 165–195.
- Habermas, Jürgen*, 1996: Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm. S. 185–191 in: *Ders.*: *Die Einbeziehung des Anderen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen*, 1998a: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 7: 804–817.
- Habermas, Jürgen*, 1998b: Jenseits des Nationalstaates? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung. S. 67–84 in: *Ulrich Beck* (Hg.): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hardtwig, Wolfgang*, 1985: *Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

- Held, David, 1995: *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*. Stanford: University Press.
- Hirst, Paul, und Grahame Thompson, 1996: *Globalization in Question. The International Economy and the Possibilities of Governance*. Cambridge: Polity Press.
- Hirst, Paul, und Grahame Thompson, 1998: Globalisierung? Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken. S. 85–133 in: Ulrich Beck (Hg.): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hoffmann, Jürgen, 1997: Gewerkschaften in der „Globalisierungsfalle“?, *Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 27: 77–95.
- Jachtenfuchs, Markus, und Beate Kohler-Koch, 1996: Einleitung: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem. S. 15–44 in: Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaelble, Harimut, 1997: Europäische Vielfalt und der Weg zu einer europäischen Gesellschaft. S. 27–68 in: Stefan Hradil und Stefan Immerfall (Hg.): *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kepplinger, Hans Mathias, 1998: *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*. Freiburg und München: Alber.
- Kielmansegg, Peter Graf, 1996: Integration und Demokratie. S. 47–71 in: Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kleinsteuber, Hans J., 1995: Faktoren der Konstitution von Kommunikationsräumen: Konzeptionelle Gedanken am Beispiel Europa. S. 41–50 in: Lutz Erbring (Hg.): *Kommunikationsraum Europa*. Konstanz: Oelschlaeger.
- Langewiesche, Dieter, 1988: *Liberalismus in Deutschland*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lepsius, M. Rainer, 1990: Der europäische Nationalstaat: Erbe oder Zukunft. S. 256–268 in: Ders.: *Interessen, Ideen und Institutionen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lepsius, M. Rainer, 1997: Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union?, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8: 948–955.
- Mann, Michael, 1997: Hat die Globalisierung den Siegeszug des Nationalstaates beendet? *Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 27: 113–141.
- Meckel, Miriam, 1994: *Fernsehen ohne Grenzen? Europas Fernsehen zwischen Integration und Segmentierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meyer, Christoph Olaf, 1999: Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's Communication Deficit, *Journal of Common Market Studies* 37: 617–639.
- Meyer, Christoph Olaf, 2000: Die Europäisierung politischer Öffentlichkeit: Länderübergreifender investigativer Journalismus und der Rücktritt der EU-Kommission. Vortrag auf dem Kongress: *Transnationale Kommunikation in Europa*: Berlin, 29.10.1999.
- Morgan, David, 1995: British Media and European Union News. The Brussels News Beat and its Problems, *European Journal of Communication* 10: 321–341.
- Münch, Richard, 1993: *Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Perraton, Jonathan, David Goldblatt, David Held und Anthony McGrew, 1998: Die Globalisierung der Wirtschaft. S. 134–168 in: Ulrich Beck (Hg.): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Scharpf, Fritz W., 1975: *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, 2. Auflage. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.
- Scharpf, Fritz W., 1996: Politische Optionen im vollendeten Binnenmarkt. S. 109–140, in: Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*. Opladen: Leske + Budrich.
- Scharpf, Fritz W., 1998: Demokratie in der transnationalen Politik. S. 228–253, in: Ulrich Beck (Hg.): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schmitter, Philippe C., 1996: Imaging the Future of the Euro-Polity with the Help of New Concepts. S. 119–150 in: Gary Marks, Fritz W. Scharpf, Philippe C. Schmitter und Wolfgang Streeck (Hg.): *Governance in the European Union*. London: Sage.
- Schulz, Winfried, 1997: *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Siemann, Wolfram*, 1985: Die deutsche Revolution von 1848/49. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Siemann, Wolfram*, 1990: Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Sievert, Holger*, 1998: Europäischer Journalismus. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Steeg, Marianne van de*, 1999: A Case for an European Public Sphere. An analysis of the Dutch and Spanish newspaper debates on EU enlargement with the Central Eastern European Countries to suggest elements of a transnational European public sphere. Vortrag auf dem Kongress „Transnationale Kommunikation in Europa“. Berlin, 29.10.1999.
- Sireeck, Wolfgang*, 1998: Vom Binnenmarkt zum Bundesstaat? Überlegungen zur politischen Ökonomie der europäischen Sozialpolitik. S. 369–421 in: *Stephan Leibfried* und *Paul Pierson* (Hg.): Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Swaan, Abraham de*, 1995: Die soziologische Untersuchung der transnationalen Gesellschaft, *Journal für Sozialforschung* 35: 107–120.
- Tonnemacher, Jan*, 1995: Ökonomische Determinanten eines „Kommunikationsraumes Europa“ am Beispiel Fernsehen. S. 51–55 in: *Lutz Erbring* (Hg.): Kommunikationsraum Europa. Konstanz: Oelschläger.
- Tumber, Howard*, 1995: Marketing Maastricht: The EU and News Management, *Media, Culture and Society* 17: 511–519.
- Wehler, Hans-Ulrich*, 1987a: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 1. Band. Vom Feudalismus des Alten Reichs bis zur defensiven Modernisierung der Reformära. 1700–1815. München: Beck.
- Wehler, Hans-Ulrich*, 1987b: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 2. Band. Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“. 1815–1845/49. München: Beck.
- Weiler, Joseph H. H.*, 1989: Europäisches Parlament, europäische Integration, Demokratie und Legitimität. S. 73–94 in: *Otto Schmuck* und *Wolfgang Wessels* (Hg.): Das Europäische Parlament im dynamischen Integrationsprozeß: Auf der Suche nach einem zeitgemäßen Leitbild. Bonn: Europa-Union-Verlag.
- Weiler, Joseph H. H.*, 1991: Problems of Legitimacy in Post 1992 Europe, *Außenwirtschaft* 46: 411–456.
- Welz Müller, Rudolf*, 1997: Zu den Folgen der Globalisierung für die nationalen Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkte, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 33/34: 20–28.
- Wessels, Wolfgang*, 1997: An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macropolitical View on Integration Processes, *Journal of Common Market Studies* 35: 267–299.
- Zimmer, Jochen*, 1993: Europas Fernsehen im Wandel. Probleme einer Europäisierung von Ordnungspolitik und Programmen. Frankfurt a.M.: P. Lang.
- Zürn, Michael*, 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Zürn, Michael*, 1998a: Gesellschaftliche Denationalisierung und Regieren in der OECD-Welt. S. 91–120 in: *Beate Kohler-Koch* (Hg.): Regieren in entgrenzten Räumen. Sonderheft 29 der Politischen Vierteljahresschrift. Opladen: Westdeutscher Verlag.